

Defizit wird kleiner

Haushalt 2025: Beschlussfassung steht bevor. ► SEITE 3



GUTEN MORGEN SCHIFFERSTADT

„Bewegende Farben“

Martin Eckrich zeigt Werke mit Naturmotiven und Menschen. ► SEITE 3

Donnerstag, 30. Januar 2025 · 1,20 €

Amtliches Organ der Stadtverwaltung Schifferstadt

121. Jahrgang · Nr. 25

WETTER

Heute 2° – 9°
► FERNSCHENEN / WETTER

HEUTE LOKAL

Ab sofort wieder reguläre Müllabfuhr im Rhein-Pfalz-Kreis

Mehr Fahrzeuge und zusätzliches Personal: Die Entsorgungsfirma REMONDIS GmbH & Co. KG in Ludwigshafen hatte in den vergangenen Wochen alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die entstandenen Verzögerungen bei der Müllabfuhr im Rhein-Pfalz-Kreis schnellstmöglich abzuwickeln. Diese Bemühungen brachten den gewünschten Erfolg: Ab sofort erfolgen die Abfuhr wieder nach dem regulären Abfuhrplan.
► SEITE 2

INHALT

Lokal	2
Notrufe	2
Sudoku/Rätsel	2
Roman	4
Fernsehen/Wetter	6
Politik	7

KONTAKT

Schifferstadter Tagblatt
Bahnhofstraße 70
67105 Schifferstadt
Telefon 06235/92690
www.schifferstadter-tagblatt.de
Abonnenten-Service:
Telefon 92690
info@schifferstadter-tagblatt.de
Anzeigenabteilung:
Telefon 92690
anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de
Redaktion:
Telefon 92690
redaktion@schifferstadter-tagblatt.de
Kostenlose Newsletter:
www.schifferstadter-tagblatt.de/newsletter
Soziale Medien
www.facebook.com/schifferstadter.tagblatt
Instagram
[@schifferstadtertagblatt](https://www.instagram.com/schifferstadtertagblatt)
LinkedIn
www.linkedin.com/company/schifferstadtertagblatt
WhatsApp Kanal

Öffnungszeiten des Verlagsbüros:
Dienstag, Donnerstag: 8 bis 11 Uhr.
Telefonisch erreichen Sie uns: Montag bis Freitag von 8 bis 12 Uhr.
Sollten Sie Ihr Tagblatt nicht erhalten haben, melden Sie uns dies - gerne auch per Mail - bis spätestens 11 Uhr.



„Ein hässliches Wort für eine köstliche Sache“

32. SAUMAGENORDEN VERLIEHEN Nicht-Fastnachter Denis Scheck zeigt Gespür für feinsinnigen Humor



Denis Scheck (Mitte), zusammen mit Vertretern der KG Schlotte und früheren Saumagenordensträgern. Fotos: suk



Zahlreiche geladene Gäste hatten den Weg ins Vereinshaus der KG Schlotte gefunden, um den neuen Saumagenordensträger zu feiern.

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. Wenn ein Mann des Wortes über einen anderen Mann des Wortes spricht, führt das automatisch zu einem Spannungsbogen für die Zuhörer. Beste Unterhaltung durften die Gäste

„Literatur ist die edelste Form von Mummenschanz.“
Denis Scheck

demnach bei der Verleihung des 32. Saumagenordens am Dienstagabend im Vereinsheim der Karneval- und Tanzsportgesellschaft Schlotte (KGS) erwarten. Sie erlebten zugleich, dass nicht nur das gesprochene Wort mitreißend sein kann. Literaturkritiker Denis Scheck war von der KGS als Empfänger ausgewählt worden. Er, bekennender Nicht-Fastnachter, kann dem Karneval von Berufswegen doch einiges abgewinnen. „Literatur“, sagte Scheck, „ist die edelste Form von Mummenschanz.“

Der Saumagen spielte bei dem gebürtigen Stuttgarter dabei eine besondere Rolle. Vor allem aufgrund seines Geschmacks, den er beim Fest im Schlottenhaus laut lobte. „Saumagen ist eher ein hässliches Wort für eine eher köstliche Sache“, meinte Scheck.

„Lesen und essen sind beides Techniken der Weltaneignung.“
Denis Scheck

Er, der passionierte Hobbykoch mit einer Vorliebe für gefüllte Zucchini Blüten, liest sogar auf Tellern, nicht nur in Büchern. „Lesen und essen sind beides Techniken der

Weltaneignung“, stellte Scheck fest. Beim gemeinsamen Essen sei mehr über den Charakter eines Menschen zu erfahren, als wenn man ein Bett mit ihm teilt, meint der kluge Kopf, der Bestsellerlisten zerpfückt wie kein anderer.

Zerpfückt wurde sein eigenes Leben am Dienstagabend in einer Laudatio, die spritzigen Charme hatte. Gehalten wurde sie nicht von den Mainzer Hofmärgern, den Ordensträgern des vergangenen Jahres, sondern vom Journalisten und Medienunternehmer Helmut Markwort. Er, der den Orden 2010/11 empfangen hatte, hatte Scheck bei der KGS als würdigen Kandidaten für den Saumagenorden ins Spiel gebracht.

Als ABC gestaltete Markwort seine Lobeshymne auf den studierten Germanisten und Politikwissenschaftler, der mit 13 Jahren schon seine eigene Firma und glücklicherweise eine treue Oma hatte. Die zahlte nämlich stets die horrenden Telefonrechnungen ihres Enkels zu der Zeit.

„Ein homme de lettres hat es verdient, dass man ihn auf diese Art würdigt“, rechtfertigte Markwort, die komplizierte Form des Alphabets als Laudator gewählt zu haben. Das A begann bei den Anzügen und Schecks Kleidungsstil. „Er ist immer noch ein lesender Gentleman“, kommentierte Mark-

„Er ist immer noch ein lesender Gentleman.“
Helmut Markwort, Laudator

ausgelassenen Stimmung anstecken ließen.

Mainzer Humor hatte Bernhard Knab mitgebracht, bekannt als „De Deutsche Michel“ und in Schifferstadt bejubelt von einer Saumagenordens-Gästeschar, zu denen zahlreiche weitere Ordensträger wie Marie-Luise Marjan, die Brüder Egon und Berthold Heberger oder Schiedsrichter Markus Merk gehörten.

(Bildnachlese folgt)



Die Tischdekoration war wie immer ein besonderer Blickfang



Helmut Markwort bei seiner Laudatio.



Denis Scheck bei seiner Dankrede.

Caritas-Warenkorb verlängert Annahmezeiten für Spenden in Speyer

SPEYER. Das Caritas-Sozialkaufhaus „Warenkorb St. Christophorus bittet die Bevölkerung dringend um Spenden. Wegen des Umzugs des Warenkorbs von der Friedrich-Ebert-Straße in die Auestraße wurde die meiste Ware am alten Standort abverkauft. Der 29. Januar ist der letzte Verkaufstag in der Friedrich-Ebert-Straße. Ab Montag, 3. Februar, werden Spenden am neuen Standort in der Auestraße 23, ehemaliger TLL-Fachmarkt, entgegengenommen. Auf Kritik an den Öffnungszeiten zur Spendenannahme hat das Team des Warenkorbs re-

agiert. Spenden werden angenommen von 10 bis 15 Uhr. Damit der Markt zur Neueröffnung ausreichend bestückt ist, bittet die Caritas um folgende Spenden: Unterwäsche, Socken, Strümpfe und Strumpfhosen, Schmuck und Modeschmuck, Schuhe und Oberbekleidung, alles für Damen, Herrn und Kinder. Außerdem Haushaltswaren, wie Geschirr, Töpfe, Schüsseln und ähnliches, Dekoartikel, Taschen und Bettwäsche. Möbel werden derzeit keine benötigt. Das Team des Warenkorbs würde sich riesig freuen über zahlreiche Spenden.

KALENDER

Donnerstag, 30. Januar 2025

Doris - Dorothea - Gaston - Hildegund - Paul - Rheinhold St. Martina von Rom

Bauernspruch:

An Martina Sonnenschein verheißt viel Frucht und guten Wein.

Geburtstag:

1942

Heidi Brühl

war eine deutsche Schauspieler, die als „Dalli“ in „Die Mädels vom Immenhof“ (1955) zum ersten deutschen Kinderstar der Nachkriegszeit wurde und später auch als Schlagersängerin (u. a. „Wir wollen niemals auseinandergehen“ 1960) erfolgreich war.

1937

Vanessa Redgrave

ist eine britische Schauspielerin (u. a. „Blow Up“ 1966, „Julia“ 1977, „Ein Sommer am See“ 1995, „Fräulein Smillas Gespür für Schnee“ 1997) und Oscar-Preisträgerin.

1930

Gene Hackman

ist ein renommierter US-amerikanischer Schauspieler (u. a. „Kein Lied für meinen Vater“ 1970, „French Connection“ 1971, „Mississippi Burning“ 1987, „Erasmuslos“ 1992, „Der Staatsfeind Nr. 1“ 1998) und mehrfacher Oscar-Preisträger.

1927

Olof Palme

war ein schwedischer Politiker der Sozialdemokraten sowie zweimaliger Ministerpräsident Schwedens (1969-1976, 1982-1986), dessen Ermordung in der Innenstadt von Stockholm das erste Attentat in der neueren Geschichte Schwedens war.

Sternzeichen:

Wassermann (21.1. - 19.2.)

REZEPT DES TAGES

Asiatische Curry-Bratnudeln



- 2 Pl. Mie-Nudeln
1 kl. Zwiebel(n)
1/2 St. Lauch
1 kleine Paprikaschote(n)
150 g Champignons
1 Karotte(n)
1 kleine Chilischote(n), frische
1/2 Glas Mungobohnenkeimlinge, abgetropft
2 EL Öl, z.B. Sonnenblumenöl
n. B. Salz und Pfeffer, frisch gemahlen
n. B. Paprikapulver Currypaste nach Wahl
4 TL Kokoscreme
5 EL Sojasauce

stange in Ringe scheiden. Paprikaschote entkernen und würfeln. Champignons in Scheiben und Karotten in Würfel oder kleine Spalten schneiden. Die Chilischote fein hacken.

Das Gemüse und die abgetropften Mungobohnenkeime in einer Pfanne oder Wok in etwas Öl scharf anbraten und mit Salz, frisch gemahlenem Pfeffer und Paprika würzen. Die abgossenen Nudeln zugeben und etwas mitbraten. Dann die Currypaste gut verteilen und unterrühren (wer es nicht so scharf mag nimmt lieber erstmal weniger Paste). Schließlich die Kokoscreme und Sojasauce dazugeben. Alles sorgfältig umrühren und noch etwas erwärmen - fertig!

Sollte nicht so sehr flüssig werden, sondern eher sämig.

NOTRUF

Polizei- und Feuerwehr-Notruf: 110 oder 112

Polizei: Sammelruf-Nummer 4950; Fax-Nummer 0049 6131 48 68 82 44.

Rettungsdienst: Telefon 112

Kripo-Sicherheitsberatung Ludwigshafen: Tel. 0621 / 9632510.

Ärztlicher Bereitschaftsdienst: Telefon: 116 117. Wenn ohne unmittelbare Behandlung Lebensgefahr besteht oder bleibende gesundheitliche Schäden zu befürchten sind, ist der Rettungsdienst unter 112 zu alarmieren.

Geplante Krankentransportfahrten: 06235 19222.

Augenärztlicher Notdienst: Telefonisch zu erfragen unter der Rufnummer 0180 5011230.

Apothek: Welche Apotheke Dienst hat, kann auf der Website: https://www.lak-rlp.de/notdienstportal oder unter folgender Nummer 01805 258825-PLZ abgerufen werden. Der Notdienst beginnt jeweils um 8.30 Uhr und endet am Folgetag um 8.30 Uhr.

Hebamme: Gertrud Hiltmann, Telefon 92146, Marion Ebeling, Telefon 3119 und Peggy Christmann, Telefon 497011, Silke Fichtenmayer, Telefon 0151/ 18400487.

Hospiz-Dienst: Ambulanter Hospiz- und Palliativ-Beratungsdienst Südl. Rhein-Pfalz-Kreis, Telefon 457823, begleitung@hospiz-schifferstadt.de, www.hospiz-schifferstadt.de

Ökumenische Sozialstation: Telefon 959350. - Bürozeiten: Montag bis Freitag 8 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Leiter: Andreas Müller.

Pflegestützpunkt: Kostenlose und neutrale Beratungsstelle für ältere Kranke und behinderte Menschen und ihren Angehörigen rund um die Pflege: Desiree Urban, Telefon 4 58 75 66, Claudia Schöneberger.

Betreuungsverein (Sozialdienst katholischer Frauen und Männer); Julia Reckerlik, Telefon 49799795; Simone Schrock Telefon 49799794; Peter Oestinger, Telefon 49799796; Schulstr. 16.

Evangelische/Katholische Telefonseelsorge: Rund um die Uhr, gebührenfrei, vertraulich, Telefon 0800 / 1110111 und 0800 / 1110222.

Heil Pflegedienst, Private Sozialstation, Bahnhofstr. 21, Tel. 920093.

Krisentelefon für psychisch Kranke und deren Angehörige: 0800/2203300. Ein(e) fachkundige Gesprächspartner(in) ist damit samstags, sonntags und feiertags von 8 bis 23 Uhr erreichbar, wochentags von 17 bis 23 Uhr.

Kinder- und Jugendtelefon des Deutschen Kinderschutzbundes: (kostenlos): 0800 / 1110333

Elterntelefon des Kinderschutzbundes (kostenlos): 0800 / 1110550.

Rotes Kreuz: Krankentransporte: 19222.

Malteser Hilfsdienst e. V. Schifferstadt: Waldseer Straße 110, Telefon 0175 2686041, info@malteserschifferstadt.de.

Ökumenische Nachbarschaftshilfe: Telefon 8 27 51.

Stadtwerke (Stromversorgung und Abwasserbeseitigung): Bei Störungen außerhalb der normalen Dienstzeit Telefon 06235 4901-122 anrufen.

Gasversorgung: Bei Störungen außerhalb der normalen Dienstzeiten Telefon 0800 / 0837111 anrufen.

Wasserversorgung: Der Bereitschaftsdienst ist unter der Telefonnummer 957031 zu erreichen.

Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung, Ortsvereinigung Speyer-Schifferstadt e.V., Waldspitzweg 10, Schifferstadt, Telefon 06235/49760, Fax 4976100.

Bemühungen zeigen Erfolg: Ab sofort wieder reguläre Müllabfuhr im Rhein-Pfalz-Kreis

RHEIN-PFALZ-KREIS. Mehr Fahrzeuge und zusätzliches Personal: Die Entsorgungsfirma REMONDIS GmbH & Co. KG in Ludwigshafen hatte in den vergangenen Wochen alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die entstandenen Verzögerungen bei der Müllabfuhr im Rhein-Pfalz-Kreis schnellstmöglich abzuwickeln. Diese Bemühungen brachten den gewünschten Erfolg: Ab sofort erfolgen die Abfuhr wieder nach dem regulären Abfuhrplan.

wigshafen versetzt worden. Diese zusätzlichen Kapazitäten werden nun wieder auf Normalmaß reduziert. Die kostenlose Ausgabe der roten Säcke für betroffene Bürgerinnen und Bürger wird wie angekündigt zum 31. Januar eingestellt.

Sowohl REMONDIS als auch der EBA bedanken sich bei den Bürgerinnen und Bürgern für ihr Verständnis und bedauern die entstandenen Unannehmlichkeiten. Zugleich danken sie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren tatkräftigen Einsatz, ohne den die schnelle Rückkehr zum Normalbetrieb nicht möglich gewesen wäre.

Für die Abarbeitung der Rückstände waren zuvor zusätzliche Fahrzeuge eingesetzt und Mitarbeiter anderer Niederlassungen vorübergehend nach Lud-

Schifferstadter Tagblatt

IMPRESSUM
Herausgeber und Verlag: Geier-Druck-Verlag KG, Bahnhofstraße 70a, 67105 Schifferstadt, Tel. (06235) 92 69-0, Vertretungsberechtigt i.S.d.G.: Susanne Geier

Redaktion Lokales Schifferstadt
Susanne Geier (verantwortl.), Bahnhofstraße 70a, 67105 Schifferstadt

Verantwortl. überregionaler Teil: VRM, Mainz, vertreten durch die VRM

Verwaltungs-GmbH, Geschäftsführer: Joachim Liebler (Sprecher), Erich-Dombrowski-Straße 2, 55127 Mainz. Inhaltlich verantwortlich überregionaler Teil: Jule Lumma (Chefredakteurin), Mainz

Druck: Oggersheimer Druckzentrum GmbH, Flomersheimerstraße 2-4, 67071 Ludwigshafen.

Anzeigen und Vertrieb: Susanne Geier, Anzeigenpreisliste Nr. 42

Monatlicher Bezugspreis gültig ab 1. Januar 2025:

Print: 30,50; Digital: 25,50; AboPlus: Print + Digital 32,50; Wochenend-Abo (Freitag, Samstag, Montag): 17,00; E-PaperPlus: Digital + Print-Samstags-Ausgabe 26,50; Einzelpreis Mo - Fr 1,20, Sa 1,30 - Postbezugspreis 32,00. Alle Preise inklusive 7 % Mwst. Abbestellungen können nur bis zum Quartalsende in Textform ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher beim Verlag vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Amtliches Bekanntmachungsorgan der Stadtverwaltung Schifferstadt. Erscheint täglich außer sonn- und feiertags.

Jeden Mittwoch mit TV-Magazin prisma. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Gewähr übernommen werden.

Für die Herstellung des Schifferstadter Tagblatts wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Pflichtmitteilung gem. § 9 Abs. 4 Satz 1 Landesmediengesetz Rheinland-Pfalz: Die Firma Geier-Druck-Verlag KG mit Sitz in Schifferstadt ist eine Kommanditgesellschaft. Komplementärin: Susanne Geier, Kommanditistin: Barbara Geier. Persönlich haftende Gesellschafterin: Susanne Geier



Large crossword puzzle grid with clues in various languages and a central advertisement for Sparkasse Vorderpfalz.

Two crossword puzzle grids, one labeled 'ANFÄNGER' and the other 'FORTGESCHRITTENE', with solutions provided below.

KURZ UND BÜNDIG

Sprechstunde des Radfahrer- und Fußgängerbeauftragten entfällt

SCHIFFERSTADT. Wegen eines Terminkonflikts muss die Sprechstunde des städtischen Radfahrer- und Fußgängerbeauftragten Martin Moritz am Mittwoch, 5. Februar abgesagt werden.

Am Mittwoch, 5. März von 16 bis 17 Uhr in der Adlerstube, Kirchenstraße 17 findet die nächste Sprechstunde statt. Fragen oder Probleme können jederzeit per E-Mail an rf-beauftragter@schifferstadt.de gesendet werden; auch persönliche Treffen sind nach Vereinbarung möglich.

Schifferstadts Radfahrer- und Fußgängerbeauftragter

Zu Fuß gehen oder Fahrradfahren ist gesund und schont die Umwelt – deshalb hat die Stadtverwaltung 2018 erstmalig den Posten eines ehrenamtlichen Radfahrer- und Fußgängerbeauftragten ausgeschrieben. Bei städtischen Projekten und Maßnahmen achtet er auf praktikable Lösungen für alle Verkehrsteilnehmer. Seine Meinung wird in den politischen Ausschüssen gehört. Er ist Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger, ihre Wünsche und Anliegen. Darüber hinaus unterstützt er die Stadtverwaltung bei Projekten, wie zum Beispiel dem STADTRADELN.

Seit Januar 2021 ist Martin Moritz, der als Sachbearbeiter Einsatz bei der Wasserschutzpolizei stationiert, Schifferstadts Radfahrer- und Fußgängerbeauftragter. Jeden ersten Mittwoch im Monat bietet er von 16 bis 17 Uhr eine Sprechstunde in der Adlerstube, Kirchenstraße 17 an.

Text: Stadtverwaltung Schifferstadt

Mitgliederversammlung des Pflzerwaldvereins

SCHIFFERSTADT. Der Pflzerwaldverein Schifferstadt lädt alle Mitglieder herzlich zur Mitgliederversammlung mit Neuwahlen am Freitag, den 14. Februar 2025 in das Vereinsheim des MGV Eintracht ein. Beginn: 18:00 Uhr.

Forstamt bietet Workshops an

SCHIFFERSTADT/MUTTERSTADT. Überalterte Obstbäume erhalten, auslichten wieder in Form bringen. Wer die Bäume regelmäßig schneidet, kann sich über gesunde Bäume und eine ertragreiche Ernte freuen. Wie und wo geschnitten werden muss, erfahren die Teilnehmer von Herrn Aures. Termin: Samstag 22.2.2025 10 - 12.30 Uhr, 67105 Schifferstadt, Kosten 15 Euro/Person.

Die Rucksackschule des Forstamtes lädt am Valentinstag zum Werkeln mit Hammer und Säge in die Outdoor-Wald-Werkstatt ein. Aus dem natürlichen Rohstoff des Waldes wird ein herzliches Geschenk für liebe Menschen vorbereitet. Termin: Freitag 14.2.2025 15 - 17 Uhr, 67112 Mutterstadt, Parkplatz an der Walderholung, Kosten 8 Euro/Person. Voranmeldung über die Rucksackschule: rucksackschule.speyer@wald-rlp.de.

WIR GRATULIEREN

Herrn Josef Schneider, zum 88. Geburtstag,
Frau Lieselotte Weiss, zum 85. Geburtstag.

Defizit wird kleiner

HAUSHALT 2025 Beschlussfassung steht bevor / Trotz Schulden Projekte umgesetzt

Von Susanne Kühner

SCHIFFERSTADT. Zirka 400.000 Euro weniger Minus kündigte Kämmerin Claudia Lützel in der zurückliegenden Hauptausschuss-Sitzung an. Das Defizit im Ergebnishaushalt läge damit bei 2,4 Millionen Euro. Inwieweit es weitere Verschiebungen gibt, wird sich in der Sitzung des Stadtrats am Donnerstag zeigen. Dann soll der Haushalt auch beschlossen werden.

Empfohlen hat der Ausschuss die Zustimmung zum vorliegenden Haushalt gegen die Stimmen von SPD und AfD. Wohnmobilstellplätze



Alle haben sich nochmal intensiv reingekniert, um das Ergebnis zu verbessern.

Ilona Volk (Grüne), Bürgermeisterin

und Rathaussanierung spielen dabei eine Rolle.

Um ein Jahr geschoben werden soll die Herstellung des Wohnmobilstellplatzes im Investitionsprogramm. Das bedauerte Thomas Lorch (SPD) außerordentlich. „Der Trend geht dahin“, betonte er. Marion Schleicher-Frank (FWG) sprach ebenfalls von einem „Herzensprojekt“. Sie zeigte aber Verständnis: „Vielleicht finden wir noch eine Alternative.“

Nach denen, beziehungsweise nach Übergangslösungen, erkundigte sich auch Daniel Jalalpoor (Grüne). Bürgermeisterin Ilona Volk (Grüne) sah in jedem Fall kei-



ne geeignete Lösung, Wohnmobilstellplätze an der Waldfesthalle auszuweisen. „Wenn wir schon Geld in die Hand nehmen, dann auch an einem Standort, wo sie dauerhaft bleiben“, plädierte sie für eine ordentliche Einrichtung.

Lob hatte Volk für Fachbereichs- und Referatsleitungen: „Alle haben sich nochmal intensiv reingekniert, um das Ergebnis zu verbessern.“ Sie erinnerte an den Schuldenstand von 32 Millionen Euro zu Beginn ihrer Amtszeit, der aktuell auf zehn Millionen zurückgefahren worden sei. „Wir haben trotz allem viel investiert für Projekte und haben die Stadt weiterent-

wickelt“, machte Volk deutlich. Auf einem guten Weg sieht sie Schifferstadt, auch hinsichtlich des Bemühens, den Haus-



Nur so gelingt es, Projekte wie den Ochsen umzusetzen.

Ilona Volk (Grüne), Bürgermeisterin

halt auszugleichen.

Froh war Volk, dank des Städtebauförderprogramms 90 Prozent Förderung zu erhalten. „Nur so gelingt es,

Projekte wie den Ochsen umzusetzen“, stellte sie heraus. Reiner Huber (CDU) schätzte die Reduzierung der Schulden hoch, wandte jedoch ein, dass dazu auch die Veräußerung größerer Grundstücksverkäufe beigetragen habe. „Wir haben also Tafelsilber verkauft“, unterstrich er.

Das Mobilitätskonzept nicht aus den Augen zu verlieren wünschte sich Jalalpoor. „Es sind sehr viele sinnvolle Maßnahmen dabei. Wir sollten dran bleiben und diese schnell umsetzen“, meinte er. Dass im laufenden Jahr allein die Danziger Straße zur Fahrradstraße umgebaut werde, antwortete Volk auf Nachfrage von Ra-

mona Klein (Grüne), die das Wohl der Radfahrer umtreibt. Mehr Maßnahmen seien angesichts immenser personeller



Wir haben also Tafelsilber verkauft.

Reiner Huber (CDU)

ausgetauscht werden müssen, da sie morsch sind. Dauern kann auch noch die Überarbeitung der Pachtverträge für Vereine aufgrund eines Langzeitkrankheitsfalls in der Verwaltung.

Den Austausch der Fenster im Rathaus brachte Huber noch zur Sprache. Eine Million Euro, die dafür vorgesehen sind, können nach seiner Ansicht geschoben werden, da es Top-Werte aufgrund der Installation einer Wärmepunkte gebe. Ein Fenster, welches sich nicht mehr öffnen lässt, könne dennoch bereits ausgetauscht werden. „Selbst bei Top-Werten: Man kann die Tür nicht aufstehen lassen – es zieht wie Hechtsuppe“, unterstrich der Beigeordnete Dieter Weißenmayer (FWG). Selbst zwischen Rahmen und Fensterflügel komme Luft durch.

Matthias Kolmer (AfD) befürwortete dennoch ebenfalls den punktuellen Austausch, bevor das große Ganze erledigt werde. Seine grundsätzliche Einstellung zur Verbesserung der Fenstersituation: „Zurück zur Zweifachverglasung ist Blödsinn.“

Foto: Adobe Stock/Archiv

mona Klein (Grüne), die das Wohl der Radfahrer umtreibt. Mehr Maßnahmen seien angesichts immenser personeller



Es sind sehr viele sinnvolle Maßnahmen dabei. Wir sollten dran bleiben und diese schnell umsetzen.

Daniel Jalalpoor (Grüne)

Probleme im Tiefbauamt nicht möglich.

„Bewegende Farben“ bei Martin Eckrich

Ausstellungseröffnung am Samstag, 1. Februar, um 19 Uhr in der Iggelheimer Straße

SCHIFFERSTADT. Am Samstag, 1. Februar 2025, um 19 Uhr eröffnet der Künstler Martin J. Eckrich die Ausstellung „Bewegende Farben“ in seiner Galerie in Schifferstadt, Iggelheimer Str. 54 mit der Musikgruppe „Mamente“ (Reinhard Harz, Annette Ziel, Martin J. Eckrich), die auch am Sonntag, 2. Februar von 14 bis 18 Uhr, Donnerstag, 6. Februar, Freitag, 7. Februar und Samstag, 8. Februar, jeweils von 16 bis 18 Uhr und Sonntag, 9. Februar, von 14 bis 18 Uhr sowie am Samstag, 15. Februar und am Sonntag 16. Februar jeweils von 14 bis 18 Uhr und nach vorheriger Vereinbarung zu besuchen ist.

In der Ausstellung „Bewegende Farben“ sind Bilder zu sehen, die Farben der Umwelt zeigen, Sonnenuntergänge, bunte Vögel, warme Landschaften und Menschen, die sich im Licht bewegen. Die Texte und Melodien der Eigenkompositionen führen zu diesem Thema hin, sind verbindend und erklärend.

Der Kunstgarten ist bei trockener Witterungslage ebenfalls geöffnet. Martin J. Eckrich und Familie freuen sich auf alle Besucherinnen und Besucher.

Terminvorankündigungen: 1. Mai 2025, 4., 11., 18., 25. (Freitage im) Juli 2025 sowie weitere Termine im Herbst.



OFFENER TREFF EINELTERNFAMILIEN

Ein Angebot für getrennt lebende, ledige, geschiedene oder verwitwete Mütter, Väter und ihre Kinder

Der offene Treff ist ein Ort der Begegnung, um Gleichgesinnte kennenzulernen. Er bietet Spiel, Spaß, Bewegung sowie Kreativität für Elternteile und Kinder. Es besteht die Möglichkeit, sich auszutauschen und Informationen zu erhalten. Kommt vorbei! Eine Teilnahme an dem Treff ist kostenfrei und ohne Anmeldung möglich.

Wann? Jeden Donnerstag von 15.30 bis 17 Uhr
Wo? In ungeraden Kalenderwochen im Familientreff Süd
In geraden Kalenderwochen K.E.K.S.



Das Angebot ist ein Kooperationsprojekt mit Familie in Bewegung e. V. und wird anteilig finanziert von der Stadt Speyer und dem Rhein-Pfalz-Kreis.



Offener Treff für Einelternfamilien in Speyer

Sie leben getrennt, sind ledig, geschieden oder verwitwet und haben Kinder? Der Rhein-Pfalz-Kreis und die Stadt Speyer bieten ab sofort einen Alleinerziehendentreff bzw. Einelterntreff in Speyer an. Jeden Donnerstag von 15:30 bis 17 Uhr können Elternteile und ihre Kinder hier eine schöne, gemeinsame Zeit verbringen und Kontakte knüpfen. In ungeraden Kalenderwochen findet der Treff im Familientreff Speyer Süd, in geraden Kalenderwochen im Speyerer K.E.K.S. statt. Das Angebot ist kostenlos und ohne Anmeldung nutzbar.

Text: Stadtverwaltung Schifferstadt

Schifferstadter Tagblatt –
Print oder digital!

Jahrgedächtnis.

Mit einer Anzeige an liebe Menschen erinnern.

Infos:
anzeigen@schifferstadter-tagblatt.de
oder Telefon 06235/92690

Schifferstadter Tagblatt
Ihre Lokalzeitung in Schifferstadt. Seit 1905!

Ein Jahr Forum-Studie

Missbrauch bleibt wichtiges Thema in der Evangelischen Kirche der Pfalz

SPEYER (lk). Ein Jahr nach der Veröffentlichung der Forum-Studie der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat die Evangelische Kirche der Pfalz ihre Anstrengungen intensiviert, um sexualisierte Gewalt zu verhindern und Betroffene zu unterstützen. Die Studie, die systemische Versäumnisse in der Aufarbeitung und Prävention sexualisierter Gewalt aufdeckte, hat eine breite Dynamik in der Kirche entfaltet. „Dennoch ist es noch ein weiter Weg, um alle, denen Kirche am Herzen liegt, für das Thema zu sensibilisieren. Es nützt nichts, immer nur erschüttert zu sein. Zu Recht dürfen Betroffene von uns erwarten, dass aus den Erkenntnissen der Forum-Studie Konsequenzen folgen, die auch für sie spürbar etwas verändern“, bilanziert Kirchenpräsidentin Wüst, die seit gut zwei Jahren auch Sprecherin der kirchlich-diakonischen Beauftragten im „Beteiligungsforum sexualisierte Gewalt in der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Diakonie Deutschland“ ist.

tag der Studie (31. Dezember 2020) bekannt wurden. Bislang wurden 111.000 Euro an Betroffene gezahlt, ergänzt durch 20.000 Euro für Sachleistungen über das Ergänzende Hilfesystem der EKD.

Darüber hinaus wurde die Fachstelle für den Umgang mit sexualisierter Gewalt von einer halben auf insgesamt 1,5 Stellen erweitert. Eine neue Mitarbeiterin widmet sich speziell der Prävention und zügigen Implementierung von Schutzkonzepten auf allen Ebenen der Kirche. Die Unabhängige Kommission hat Gespräche mit zwölf Betroffenen geführt, darunter drei Fälle, die erst nach Veröffentlichung der Forum-Studie gemeldet wurden.

AK Südwest: Regionale Aufarbeitung im Fokus

Der Aufbau der Unabhängigen Regionalen Aufarbeitungskommission (URAK) Südwest, die sich mit der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt im regionalen Kontext beschäftigt wird, befindet sich im Zeitplan. Das siebenköpfige Gremium, bestehend aus Beauftragten aus Kirche und Diakonie, externen Expert*innen und Betroffenenvertreter*innen, wird im Frühjahr die Arbeit aufnehmen. Am vergangenen Freitag hat sich die Betroffenenvertretung konstituiert und aus ihrer Mitte zwei Personen in die URAK gewählt. Durch die Arbeit der URAK soll eine unabhängige und umfassende Aufarbeitung gewährleistet werden.

An den Forum-Forschungsverbund hatte die Evangelische Kirche der Pfalz 27 Fälle gemeldet. Diese Zahl unterscheidet sich von den oben genannten Zahlen, weil die Forum-Studie nur bestimmte Fälle in ihrer Untersuchung berücksichtigt hat. Außerdem sind die Verdachtsfälle nicht aufgeführt, die nach dem Stich-

mit betroffenen Personen gemeinsam gelingen kann“, betont Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst.

Präventionsmaßnahmen in der Evangelischen Kirche der Pfalz

Erweitertes Führungszeugnis: Alle haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitenden in der Landeskirche müssen ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen, bevor sie ihre Tätigkeit aufnehmen.

Schulungen zu sexualisierter Gewalt: Mitarbeitende, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, nehmen verpflichtend an Schulungen teil. Dabei setzen sie sich kritisch und selbstkritisch mit dem Thema auseinander, um Übergriffe frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.

Konzepte für Kindertagesstätten: In allen Kitas wurden Schutzkonzepte entwickelt, die Schulungen für Erzieher*innen, Eltern und Kinder umfassen. Ziel ist es, die Aufmerksamkeit für das Thema zu schärfen und Schutzräume zu schaffen.

Schutzkonzepte für Jugendliche: Die Evangelische Jugend der Pfalz hat ein eigenes Schutzkonzept zur Prävention und Verfolgung sexualisierter Gewalt etabliert. Neben den Führungszeugnissen für Mitarbeitende bildet es eine zentrale Grundlage der Arbeit.

Gemeindebezogene Schutzkonzepte: Viele Gemeinden haben individuelle Schutzkonzepte erarbeitet, die lokale Gegebenheiten berücksichtigen. Auf deren Weiterentwicklung wird in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt der Arbeit liegen.

Posaunenarbeit: Dieser Arbeitsbereich hat proaktiv ein Schutzkonzept entwickelt und sieht die Arbeit mit jungen Musikerinnen und Musikern als klares Feld von Prävention.

Ausbildung von Vikar*innen: Das Thema Sexualisierte Gewalt gehört als Querschnittsthema seit Jahren zum Curriculum der zukünftigen Pfarrpersonen.

Synode: Schutzkonzept mit Signalwirkung

Einen wichtigen Meilenstein setzte die Landessynode bei ihrer Herbsttagung am 23. November 2024 mit der einstimmigen Verabschiedung ihres Schutzkonzeptes im Rahmen des Gesetzes zum Schutz vor sexualisierter Gewalt. Dieses Konzept gilt für die derzeitige Legislaturperiode und betont die Mitverantwortung aller haupt- und ehrenamtlich Mitarbeitenden sowie aller kirchlichen Organe und Einrichtungen.

„Die Forum-Studie hat sehr deutlich formuliert, dass wir unsere Haltung ändern müssen: Niemand darf wegsehen, niemand darf sich für unzuständig erklären, wenn sexualisierte Gewalt im kirchlichen Kontext ausgeübt wird, niemand darf Meldungen über Vorfälle bagatellisieren oder gar ignorieren. Jede und jeder von uns trägt Verantwortung“, appelliert Oberkirchenrätin Bettina Wilhelm. Daraus folge: Hinschauen – helfen – handeln! „Nur so gelingt es, dass Kirche ein Schutzraum wird und die gravierenden Fehler der Vergangenheit nicht wieder passieren“, so Wilhelm.

Hintergrund zur Forum-Studie

Die Forum-Studie der EKD analysierte den Umgang mit sexualisierter Gewalt in kirchlichen Strukturen und formulierte Empfehlungen. Daraus wurde ein Maßnahmenplan entwickelt, der von der EKD-Synode beschlossen wurde. Dieser sieht u. a. die Novellierung der Gewaltschutzrichtlinien und die Gründung einer zentralen Ombudsstelle vor.

SPORT AKTUELL

Kaiserslautern verleiht Mause an Ligakonkurrent Fürth

FUSSBALL ZWEITE BUNDESLIGA

Nach zwölf Zweitliga-Einsätzen für Kaiserslautern verleiht der Zweitligist Angreifer Jannik Mause / Demnächst spielt der 26-Jährige für einen Konkurrenten des FCK im Abstiegskampf

KAISERSLAUTERN (dpa/lrs). Der 1. FC Kaiserslautern hat seinen Angreifer Jannik Mause (links) bis zum Ende der Saison



an den abstiegsbedrohten Ligakonkurrenten SpVgg Greuther Fürth verliehen. Das teilten beide Fußball-Zweitligisten mit. Durch den Transfer von Mause im vergangenen Sommer hatte sich der FCK den Top-Torjäger



der vergangenen Drittliga-Saison geholt. Der mittlerweile 26-Jährige kam damals mit der Empfehlung von 18 Toren in der 3. Liga aus Ingolstadt auf den Betzenberg. Danach absolvierte er zwölf Zweitliga-Einsätze für Lautern. Foto: dpa

Knapp 50 000 Euro Strafe für 1. FC Kaiserslautern

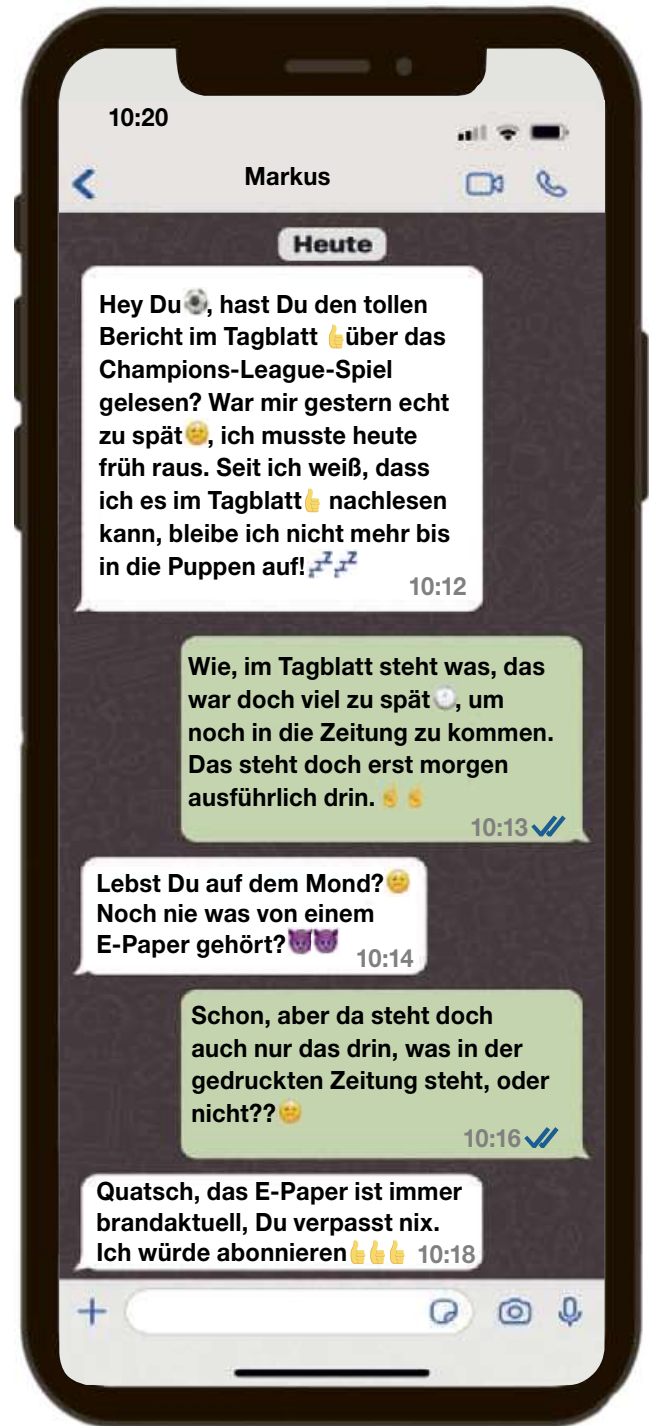
Weil die Anhänger der Lauterer Pyrotechnik gezündet haben, muss der FCK Strafe zahlen

KAISERSLAUTERN (dpa/lrs). Fußball-Zweitligist 1. FC Kaiserslautern muss 45.600 Euro Strafe zahlen. Das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) ahnde-



te das unsportliche Verhalten der FCK-Anhänger bei zwei Spielen aus dem vergangenen Jahr. Bis zu 15.200 Euro können die Pfälzer für sicherheitstechnische oder Gewalt präventive Maßnahmen verwenden. Dies muss bis Ende September dem DFB nachgewiesen werden.

Beim Heimspiel am 21. September gegen den Hamburger SV sowie beim Auswärtsspiel am 8. November beim 1. FC Nürnberg hatten die Fans der Roten Teufel Pyrotechnik gezündet.



Wissen was läuft! Schifferstadter Tagblatt

ROMAN



Alle Rechte vorbehalten
Copyright © 2021
Diogenes Verlag AG Zürich
www.diogenes.ch
400/217/852/1
ISBN 978 3 257 07115 3

Folge 33

So richtig scharf war ich nicht auf die ewig gleiche Prozedur, aber ich wollte die Verbindung zu meiner Familie auf keinen Fall völlig abbrechen. Da hörte ich noch einmal meinen Namen:

»Lorina ist ein Glücksfall für mich, ich würde ihr auch das Doppelte zahlen, wenn sie mich gerade in dieser schwierigen Zeit nicht im Stich lässt. Nadine will an den Feiertagen sowieso nicht arbeiten. Die Pflege könnte zwar schlecht

und recht von einem ambulanten Dienst übernommen werden, aber leider will wohl niemand hier übernachten. Und gerade das ist mir so wichtig! Ich kann vor Angst überhaupt nicht schlafen, wenn außer mir keine Menschenseele im Haus ist. Und um den Hund müsste sich ja auch jemand kümmern! Könntest du nicht vielleicht ...?«

Wieder eine Pause, bis sie gedehnt meinte: »Nach Thailand! Und wer wird das bezahlen?«

Kurz darauf schien sie aufzulegen, während ich in Geisteskonflikte geriet. Es waren nur noch drei Wochen bis Weihnachten, ich musste mich möglichst bald entscheiden. Aber das Schicksal kam mir zum Glück zu Hilfe.

Eines Tages, als ich gerade damit beschäftigt war, sowohl für meine Eltern als auch den hiesigen Haushalt

Zimtsterne zu backen, betrat Ruben mit einem unsäglich missmutigen Gesicht die Küche.

»Na, welche Laus ist dir denn über die Leber gelaufen?«, fragte Nadine und schleckte den Rührlöffel ab.

Er setzte sich und schielte zum Backofen hinüber, in dem sich aber kein Mittagessen befand, weil ich ihn für die Weihnachtsbäckerei brauchte.

»Du kriegst heute nur Linsensuppe mit Speck«, sagte ich. »Ist in fünf Minuten aufgewärmt.«

Es schien ihn aber weniger zu interessieren als bisher.

»Ich Depp hab mal wieder alles vermasselt«, seufzte er.

Natürlich wollten Nadine und ich jetzt wissen, was los war, und erfuhren, dass sich Ruben tatsächlich noch nicht wie ein erwachsener Mann verhielt. Vor einem halben Jahr hatte man ihm wegen

Eigenbedarf seine Einzimmerwohnung gekündigt; er hätte im Grunde viel Zeit gehabt, um sich etwas Neues zu suchen, aber dieses lästige Problem einfach vergessen oder verdrängt. Jetzt musste er zum 1. Januar ausziehen und wusste nicht, wohin.

»Meinen Vater mag ich nicht um Hilfe bitten, der ist sowieso schon ziemlich sauer auf mich. Übrigens hatte er schon als Schüler den Spitznamen Sauerkraut, mein rothaariger Opa hieß Rotkraut. Nur ich blieb als einziger Crauth bisher verschont. – Kennt ihr nicht jemanden, der billig ein Zimmer vermietet? Und zwar nicht irgendwo im Odenwald, sondern in Mannheim oder wenigstens in der Nähe einer Straßenbahn, damit ich nicht stundenlang bis zur Uni brauche ...«

»Nein«, sagten Nadine und ich wie aus einem Mund und empfahlen dem Weltfremden

das Internet. So doof sei er nun auch wieder nicht, sagte Ruben, er habe gestern den ganzen Tag gesucht, aber so kurzfristig werde nichts angeboten oder sei zu teuer.

Wir versprochen, uns umzuhören. Als ich am Nachmittag Frau Alsfelder den Kaffee brachte, erzählte ich ihr von den Sorgen ihres jungen Masseurs.

Sie hörte aufmerksam zu und schien zu überlegen.

»Lorina, Sie würden wahrscheinlich über Weihnachten gern zu Ihren Eltern fahren. Bisher waren Sie jedoch zu bescheiden, um eine mögliche Vertretung mit mir zu besprechen, obwohl Ihnen von Rechts wegen schon längst ein Erholungsurlaub zustünde. Wenn nun Ruben vorübergehend hier bei uns schlafen würde, dann könnte man doch mit einem Pflegedienst diese Zeit ganz gut überbrücken. Und dem Jungen wäre

auch geholfen!«

Ich war gerührt, zeigte es aber nur durch ein zustimmendes Nicken. Immerhin bewies meine Arbeitgeberin damit, dass sie sich auch um meine Belange Gedanken machte.

Sie fuhr fort: »Und Ruben könnte sich um Europa kümmern. Das Essen auf Rädern wird zwar nicht mit Ihrer Sterneküche konkurrieren, aber für eine kurze Spanne werde ich auch von zerkochten Kartoffeln satt werden.«

Etwas passte mir aber nicht. »Soll er etwa in meinem Zimmer schlafen?«, fragte ich.

»Wo denken Sie hin, natürlich nicht! Allerdings müssten Sie das Bad mit ihm teilen, denn im Dachgeschoss gibt es nur ein Klo und ein kleines Waschbecken.

Die Mansarde wird fast nie benutzt, deswegen sollte Nadine dort mal gründlich putzen und lüften, die Heizung

ist wahrscheinlich auch abgestellt, aber im Grunde ist es doch ganz gemütlich da oben und ideal für einen Studenten.«

Ich konnte also beruhigt wegfahren, falls Ruben einverstanden war und vor meiner Abreise zum Eingewöhnen hier einzog. Plötzlich kamen mir ganz neue Ideen, denn unter diesen Umständen war vielleicht sogar eine richtige Fernreise möglich, Christian flog zum Beispiel nach Thailand. Ich war im Übrigen nicht mehr arm wie eine Kirchenmaus, mein Kontostand kletterte erfreulicherweise Monat für Monat in die Höhe. Schließlich musste ich für Kost und Logis nichts bezahlen, selbst Seife und Zahnpasta kaufte ich vom Haushaltsetat.

Fortsetzung folgt

FERNSEHEN / WETTER

ARD, ZDF, RTL, SAT.1, PRO 7, SWR RP, HR hr. TV schedule for Thursday, 30. January 2025, listing programs like 'MoMa 9.00 Tagess.', 'Der Krimi aus Brandenburg', 'Das Gipfeltreffen Show', etc.

WDR, BAYERN BR, 3SAT, Sport1, KABEL1, VOX, KIKA, NDR, PHOENIX, ARTE, EUROSP.1, RTL2, MDR. TV schedule for Thursday, 30. January 2025, listing programs like 'Lokalzeit', 'Tele-Gym', 'Alpenpanorama', 'Discovery Golf', etc.

Wissen was läuft! Schifferstadter Tagblatt

DAS WETTER HEUTE

Weather forecast for Schifferstadt and the Rhine region. Includes temperature maps, wind speed (6 km/h), astronomical data, moon phases, and local forecasts for Schifferstadt.

Weather forecast for Germany. Includes temperature ranges (35°-39°), precipitation, and a table for 'Wetter Deutschland' with locations like Aachen, Berlin, Bremen, etc.

Global weather forecast. Includes a world map, 'Wetter weltweit' table with locations like Antalya, London, Paris, etc., and 'Pegelstände' (water levels) for various rivers.



Bekanntmachung www.schifferstadt.de

Bekanntmachung über das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis und die Erteilung von Wahlscheinen für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag

und für die Wahl der Landrätin/des Landrats am Sonntag, 23. Februar 2025 sowie der etwaigen Stichwahlen der Landrätin/des Landrats am Sonntag, 16. März 2025

1. Am Sonntag, dem 23. Februar 2025, finden gleichzeitig die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag und die Wahl der Landrätin/des Landrats (Direktwahl) im Rhein-Pfalz-Kreis statt.

Das Wählerverzeichnis für die Stadt Schifferstadt und ihre Wahlbezirke wird in der Zeit vom Montag, 03. Februar 2025 bis Freitag, 07. Februar 2025 während der allgemeinen Öffnungszeiten im Bürgerservice des Rathauses, Marktplatz 2, 67105 Schifferstadt für Wahlberechtigte zur Einsichtnahme bereitgehalten. Jeder Wahlberechtigte kann die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu seiner Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten überprüfen. Sofern ein Wahlberechtigter die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Daten von anderen im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen überprüfen will, hat er Tatsachen glaubhaft zu machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann. Das Recht auf Überprüfung besteht nicht hinsichtlich der Daten von Wahlberechtigten, für die im Melderegister eine Auskunftssperre gemäß § 51 Absatz 1 des Bundesmeldegesetzes eingetragen ist.

Das Wählerverzeichnis wird im automatisierten Verfahren geführt. Die Einsichtnahme ist durch ein Datensichtgerät möglich.

Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.

2. Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder un-

vollständig hält, kann in der Zeit vom 20. Tag bis zum 16. Tag vor der Wahl, spätestens am 07. Februar 2025, bis 12:00 Uhr bei der Stadtverwaltung Schifferstadt, Wahlamt, Zimmer 10, Marktplatz 2, 67105 Schifferstadt Einspruch einlegen.

Der Einspruch kann schriftlich oder durch Erklärung zur Niederschrift eingelegt werden.

3. Wahlberechtigte, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, erhalten bis spätestens zum Sonntag, 02. Februar 2025 eine Wahlbenachrichtigung.

Wer keine Wahlbenachrichtigung erhalten hat, aber glaubt, wahlberechtigt zu sein, muss Einspruch gegen das Wählerverzeichnis einlegen, wenn er nicht Gefahr laufen will, dass er sein Wahlrecht nicht ausüben kann.

Wahlberechtigte, die nur auf Antrag in das Wählerverzeichnis eingetragen werden und die bereits einen Wahlschein und Briefwahlunterlagen beantragt haben, erhalten keine Wahlbenachrichtigung.

4. Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl im Wahlkreis 207 Neustadt-Speyer durch **Stimmabgabe** in einem beliebigen **Wahlraum (Wahlbezirk)** dieses Wahlkreises oder durch **Briefwahl** teilnehmen.

Wer einen Wahlschein für die Wahl der Landrätin/des Landrats hat, kann an der Wahl **nur durch Briefwahl** teilnehmen.

5. Einen Wahlschein erhält auf Antrag

5.1. ein in das Wählerverzeichnis **eingetragener** Wahlberechtigter,

5.2. ein nicht in das Wählerverzeichnis **eingetragener** Wahlberechtigter,

a) wenn er nachweist, dass er ohne sein Verschulden die Antragsfrist auf Aufnahme in das Wählerverzeichnis nach § 18 Absatz 1 der Bundeswahlordnung (bis zum 02. Februar 2025) oder die Einspruchsfrist gegen das Wählerverzeichnis nach § 22 Abs. 1 der Bundeswahlordnung (bis zum 07. Februar 2025) versäumt hat,

b) wenn sein Recht auf Teilnahme an der Wahl erst nach Ablauf der Antragsfrist nach § 18 Absatz 1 der Bundeswahlordnung oder der Einspruchsfrist nach § 22 Absatz 1 der Bundeswahlordnung entstanden ist,

c) wenn sein Wahlrecht im Einspruchsverfahren festgestellt worden und die Feststellung erst nach Abschluss des Wählerverzeichnisses zur Kenntnis der Stadtverwaltung Schifferstadt gelangt ist.

Wahlscheine können von in das Wählerverzeichnis

eingetragenen Wahlberechtigten bis zum Freitag, 21. Februar 2025, 15:00 Uhr bei der Stadtverwaltung Schifferstadt mündlich, schriftlich oder elektronisch beantragt werden.

Im Falle nachweislich plötzlicher Erkrankung, die ein Aufsuchen des Wahlraumes nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten möglich macht, kann der Antrag noch bis zum Wahltag, 15.00 Uhr, gestellt werden.

Versichert ein Wahlberechtigter glaubhaft, dass ihm der beantragte Wahlschein nicht zugegangen ist oder ihn verloren hat, kann ihm bis zum Tage vor der Wahl, 12:00 Uhr, ein neuer Wahlschein erteilt werden.

Nicht in das Wählerverzeichnis eingetragene Wahlberechtigte können aus den unter 5.2. Buchstaben a bis c angegebenen Gründen den Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines noch bis zum Wahltag, 15:00 Uhr, stellen.

Wer den Antrag für einen anderen stellt, muss durch Vorlage einer **schriftlichen Vollmacht** nachweisen, dass er dazu berechtigt ist. Ein Wahlberechtigter mit Behinderungen kann sich bei der Antragstellung der Hilfe einer anderen Person bedienen.

6. Ein Wahlberechtigter, der im Wege der Briefwahl wählen will, erhält im Einzelnen folgende Unterlagen:

a) **Briefwahl bei der Bundestagswahl**

Mit dem Wahlschein erhält die oder der Wahlberechtigte

- einen amtlichen Stimmzettel des Wahlkreises,
- einen amtlichen Stimmzettelmuschlag,
- einen amtlichen, mit der Anschrift der Stadtverwaltung Schifferstadt, an die der Wahlbrief zurückzusenden ist, versehenen roten Wahlbriefumschlag und
- ein Merkblatt für die Briefwahl für die Bundestagswahl.

b) **Briefwahl bei der Wahl der Landrätin/des Landrats**

Mit dem Wahlschein für die vorstehende Wahl erhält die oder der Wahlberechtigte

- einen amtlichen rosa Stimmzettel,
- einen amtlichen blauen Stimmzettelmuschlag mit dem Aufdruck „Stimmzettelmuschlag für die Kommunalwahl(en)“,
- einen amtlichen mit der Anschrift der Stadtverwaltung Schifferstadt, an die der Wahlbrief zurückzusenden ist, versehenen orangefarbenen

Wahlbriefumschlag mit dem Aufdruck „Wahlbrief für die Kommunalwahl“ und

- ein Merkblatt für die Briefwahl für die Kommunalwahl.

Die Abholung von Wahlschein und Briefwahlunterlagen für einen anderen ist nur möglich, wenn die Berechtigung zur Empfangnahme der Unterlagen durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachgewiesen wird und die bevollmächtigte Person nicht mehr als vier Wahlberechtigte vertritt; dies hat sie der Stadtverwaltung Schifferstadt vor Empfangnahme der Unterlagen schriftlich zu versichern. Auf Verlangen hat sich die bevollmächtigte Person auszuweisen.

Ein Wahlberechtigter, der des Lesens unkundig oder wegen einer Behinderung an der Abgabe seiner Stimme gehindert ist, kann sich zur Stimmabgabe der Hilfe einer anderen Person bedienen. Die Hilfsperson muss das 16. Lebensjahr vollendet haben. Die Hilfeleistung ist auf technische Hilfe bei der Kundgabe einer vom Wahlberechtigten selbst getroffenen und geäußerten Wahlentscheidung beschränkt. Unzulässig ist eine Hilfeleistung, die unter missbräuchlicher Einflussnahme erfolgt, die selbstbestimmte Willensbildung oder Entscheidung des Wahlberechtigten ersetzt oder verändert oder wenn ein Interessenkonflikt der Hilfsperson besteht. Die Hilfsperson ist zur Geheimhaltung der Kenntnisse verpflichtet, die sie bei der Hilfeleistung von der Wahl einer anderen Person erlangt hat. Bei der Briefwahl muss der Wähler den Wahlbrief mit dem Stimmzettel und dem Wahlschein so rechtzeitig an die angegebene Stelle absenden, dass der Wahlbrief dort spätestens am Wahltag bis 18:00 Uhr eingeht.

Wahlbriefe werden innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ohne besondere Versendungsform ausschließlich von der Deutschen Post AG unentgeltlich befördert. Sie können auch bei der auf dem Wahlbrief angegebenen Stelle abgegeben werden.

Wahlberechtigte, die durch Briefwahl an der Bundestagswahl und der Kommunalwahl teilnehmen, müssen **zwei Wahlbriefe** absenden.

Die Bekanntmachung finden Sie auch auf o. g. Homepage.

Schifferstadt, 29. Januar 2025

Ilona Volk

Ilona Volk
Bürgermeisterin

120 Euro Rabatt



120 Jahre Tagblatt! Feiern Sie mit!

Das Print-Abo zum Jubel-Preis

1 Jahr lang statt

~~366,-~~

nur **246,-**

Gültig für 12 Monate und nur für Neu-Abonnenten!
Danach 30,50 Euro pro Monat!

Ein Jahr lang für nur **246 Euro (statt 366,-)** seriösen Journalismus abonnieren und damit wissen, was in der Welt und der Region passiert.

Statt **30,50** nur **20,50 Euro/Monat**



Blieben Sie jeden Werktag informiert mit einem Tagblatt-Abonnement!

Knüller zum Jubiläum



120 Jahre Tagblatt!

Das E-Paper- Abo zum Jubel-Preis

im Monat statt

~~25,50~~

nur **10,-**

Gültig nur für
Neu-Abonnenten!

Ein Jahr lang für nur **120 Euro (statt 306,-)** seriösen Journalismus abonnieren und damit wissen, was in der Welt und der Region passiert. Egal wo Sie sind!



Ob auf dem Computer, Tablet oder Smartphone – bleiben Sie informiert!

HEIN STÜCK PFALZ

HEIMAT SHOPPEN!

DER SHOP FÜR PFALZ-PRODUKTE.
DIE PLATTFORM FÜR REGIONALE INHALTE.

WWW.EINSTUECKPFALZ.DE

DIE PLATTFORM FÜR HEIMATGEFÜHL

BLICK ZURÜCK

1933: Machtergreifung Hitlers

Am 30. Januar 1933 wird Adolf Hitler von Reichspräsident Paul von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt. Damit ist das Ende der Weimarer Republik de facto besiegelt: Hitler und seine Partei nutzen die Machtübernahme, um die Verfassung zu ändern und das Führerprinzip zu verankern. Damit ebnet sie den Weg für die NS-Diktatur, die von Gleichschaltung und der Unterdrückung aller politischen Gegner geprägt ist.

1945: „Wilhelm Gustloff“ wird versenkt

Am 30. Januar 1945 wird das Lazarett- und Flüchtlingsschiff „Wilhelm Gustloff“ versenkt. Der sowjetische Kommandant Marinesko hält es für ein Kriegsschiff und lässt es mit drei Torpedos beschießen. Bei dem Unglück sterben 9.343 Menschen, sechs Mal mehr als beim Untergang der „Titanic“. Die „Wilhelm Gustloff“ ist im Auftrag der „Deutschen Arbeitsfront“ für die NS-Organisation „Kraft durch Freude“ gebaut worden.

1948: Indischer Freiheitskämpfer Ghandi ermordet

Am 30. Januar 1948 wird Mahatma Gandhi bei einem Attentat ermordet. Der indische Freiheitskämpfer führte den Widerstand gegen die Kolonialherrschaft der Briten an. Geprägt von seiner hinduistischen Religion protestierte Gandhi stets ohne den Einsatz von Gewalt. Bis heute gilt er deshalb weltweit als Vorbild für gewaltfreie Konfliktlösung. 1947 erreichte er sein Ziel: Großbritannien entließ Indien in die Unabhängigkeit. Am 30. Januar 1948 wird er von einem fanatischen Hindu in Neu-Delhi erschossen.

2002: Import embryonaler Stammzellen erlaubt

Am 30. Januar 2002 stimmt der Bundestag über die Änderung des Embryonenschutzgesetzes ab. Unter strengen Auflagen ist der Import von Embryostammzellen zu Forschungszwecken ab Juni 2002 erlaubt. Die Stammzellengewinnung aus menschlichen Embryonen bleibt in Deutschland weiterhin verboten. Das 1991 in Kraft getretene Gesetz zum Schutz von Embryonen ist bis heute umstritten. Zuletzt wird es 2011 hinsichtlich der Präimplantationsdiagnostik angepasst. Diese ist in Deutschland nur zulässig, wenn ein hohes Risiko für eine schwerwiegende Erbkrankheit besteht oder eine kindliche Schädigung zu erwarten ist.

Rubiks Geduldsspiel

Vor 50 Jahren begann der Siegeszug des Zauberwürfels. Das „mechanische Puzzle“ eines ungarischen Professors wurde zum Welterfolg. ► AUS ALLER WELT



Foto: Mercedes Fittipaldi - stock.adobe

SPD stürzt ab, AfD legt zu

BERLIN (dpa). Dreieinhalb Wochen vor der Bundestagswahl büßt die SPD nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov deutlich in der Wählergunst ein. In der Sonntagsfrage sinken die Sozialdemokraten von Kanzler Olaf Scholz um vier Prozentpunkte auf 15 Prozent. Der Wert für die AfD steigt hingegen um vier Punkte auf 23 Prozent. Sie ist damit zweitstärkste Kraft hinter der Union, die um einen Punkt auf 29 Prozent zulegt. Der zweite Regierungspartner, die Grünen, verlieren zwei Prozentpunkte und kämen auf 13 Prozent, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Die FDP sinkt um einen Punkt auf 3 Prozent, während sich die Linke um einen Punkt auf 5 Prozent steigert und damit im nächsten Bundestag vertreten wäre. Das gelänge auch dem Bündnis Sahra Wagenknecht mit unverändert 6 Prozent. Die Umfrage wurde nach der Messerattacke von Aschaffenburg und der Ankündigung von Unionsfraktionschef Friedrich Merz zu Verschärfungen in der Migrationspolitik durchgeführt.

Mehrheit für Merz' Migrations-Antrag

Hitzige Debatte im Bundestag / SPD und Grüne werfen dem Kanzlerkandidaten der Union einen Tabubruch vor

BERLIN (dpa). Eine Woche nach der Messerattacke von Aschaffenburg hat der Bundestag einem Unions-Antrag für einen harten Kurs in der Migrationspolitik zugestimmt. 348 Abgeordnete votierten nach Angaben der Sitzungsleitung für einen entsprechenden Antrag, 345 dagegen, zehn enthielten sich. Nach Angaben der Bundestagsverwaltung stimmten 187 Abgeordnete von CDU/CSU, 75 AfD-Abgeordnete, 80 Angehörige der FDP-Fraktion sowie sechs fraktionslose Abgeordnete dafür.

AfD applaudiert nach der Abstimmung

CDU und CSU haben nur 196 Sitze im Parlament. FDP und AfD hatten sich vor der Abstimmung für den Antrag ausgesprochen. Die AfD applaudierte nach Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses. SPD, Grüne und Linke hatten ein Nein angekündigt, das BSW eine Enthaltung.

Die Sitzung wurde nach der Abstimmung unterbrochen.

Nach einem solchen Votum, dürfe man „nicht so einfach zur Tagesordnung“ übergehen, sagte SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich. Die Union sei „aus der politischen Mitte dieses Hauses ausgebrochen“.

Der Antrag der Union sieht die Zurückweisung von Asylsuchenden an den deutschen Grenzen vor, ist anders als ein Gesetz rechtlich aber nicht bindend. In dem Antrag heißt es: „Es gilt ein faktisches Ein-

reiseverbot für Personen, die keine gültigen Einreisedokumente besitzen und die nicht unter die europäische Freizügigkeit fallen.“ Dies soll ausdrücklich auch für Menschen gelten, die in Deutschland einen Asylantrag stellen wollen. Wer vollziehbar ausreisepflichtig ist, soll in Haft genommen werden. Ein weiterer Antrag der Union zur Sicherheitspolitik wurde mehrheitlich zurückgewiesen.

Vor der Abstimmung hatten sich Bundeskanzler Olaf Scholz und Unions-Kanzlerkandidat Friedrich Merz einen heftigen Schlagabtausch geliefert. Scholz warf Merz vor, die klare Abgrenzung zu extrem rechten Parteien aufzugeben. „Sie nehmen die Unterstützung der AfD für Ihre rechtswidrigen Vorschläge offen in Kauf“, sagte er an die Adresse des Oppositionsführers in seiner Regierungserklärung. Er mutmaßte, die Union könne nach der Wahl eine Koalition mit der AfD eingehen.

Merz wies das als „niederträchtig“ und „infam“ zurück. „Ich werde alles tun, das zu verhindern.“ Der CDU-Chef bekräftigte aber, dass er für die Durchsetzung seiner Pläne zur Migration die Zustimmung der AfD in Kauf nimmt. Das sei ihm lieber, als „weiter ohnmächtig zuzusehen, wie die Menschen in unserem Land weiter bedroht, verletzt und ermordet“ werden.

AfD-Chefin Alice Weidel nannte Scholz' Regierungserklärung „ungeheuerlich“ und warf dem Kanzler „auto-

ritäres“ Denken vor. Die Migrationspolitik der Regierung nannte sie einen „politisch motivierten Kontrollverlust“. Die sogenannte „Brandmauer“ gegen die AfD sei ein Hebel, um den Wählerwillen auszuschließen. Der Union warf Weidel vor, die Vorschläge zur Eindämmung der Migration von der AfD abgeschrieben zu haben. Als Sitzungsleiterin Katrin Göring-Eckardt verkündete, dass die Mehrheit für den Antrag zu den Zurückweisungen erreicht wurde, umarmten und beglückwünschten sich die Abgeordneten der AfD.

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov gibt es in der Bevölkerung durchaus größere Sympathien für ein Öffnen der Brandmauer zur AfD. Danach haben 22 Prozent der Befragten mit einer Kooperation in Sachfragen kein Problem. Weitere 30 Prozent meinen, dass sogar Regierungskoalitionen mit der AfD möglich sein sollten. 42 Prozent sprachen sich grundsätzlich gegen eine Zusammenarbeit mit der AfD aus.



„Ich werde alles tun, das zu verhindern“: Friedrich Merz betont seine Ablehnung einer Koalition mit der AfD. Foto: dpa

Mutterschutz bei Fehlgeburten

BERLIN (dpa). Frauen, die ab der 13. Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt erleiden, sollen künftig Anspruch auf Mutterschutz haben. Das sieht ein Gesetzentwurf vor, auf den sich die Fraktionen von CDU/CSU, Grünen und SPD laut einer gemeinsamen Presseerklärung geeinigt haben. Darin heißt es: „In dieser Sitzungswoche wird im Deutschen Bundestag fraktionsübergreifend der Mutterschutz bei Fehlgeburten verabschiedet. Es lagen zwei Gesetzesentwürfe vor – einer von CDU/CSU und einer von SPD und Grünen –, die das gleiche Ziel verfolgten und sich nur minimal unterschieden. Wir haben uns entschieden, den Gesetzentwurf von CDU/CSU zu verabschieden.“

Auch digital
Schifferstadter Tagblatt

Bundesregierung senkt Konjunkturprognose

Minister Robert Habeck erwartet für 2025 nur noch ein Mini-Wachstum von 0,3 Prozent / Wirtschaftsverbände protestieren in mehreren Städten

BERLIN (dpa). Die deutsche Wirtschaft kommt nicht in Schwung. Die Bundesregierung senkt ihre Konjunkturprognose für 2025 deutlich. Wie Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) bei der Vorlage des Jahreswirtschaftsberichts mitteilte, wird nur noch ein Mini-Wachstum von 0,3 Prozent erwartet – im Herbst hatte die Regierung noch mit einem Plus des Bruttoinlandsprodukts von 1,1 Prozent gerechnet.

In ihrem früheren Ausblick auf 2025 hatte die damalige

Ampel-Regierung positive Effekte einer „Wachstumsinitiative“ erwartet. Geplant waren bessere Abschreibungsbedingungen, um Investitionen anzureizen, Maßnahmen für niedrigere Strompreise sowie Anreize für längeres Arbeiten. Wegen des Scheiterns der Koalition aus SPD, Grünen und FDP im November aber wurden zentrale Maßnahmen der Initiative nicht umgesetzt.

Im Jahreswirtschaftsbericht heißt es mit Blick auf von US-Präsident Donald Trump angekündigte Zölle auf EU-Import-

te, außenwirtschaftliche Risiken hätten sich erhöht. Erwartet wird ein leichter Rückgang des Exports. Die Regierung sieht aber „Licht am Ende des Tunnels“ und erwartet 2026 ein stärkeres Wachstum von 1,1 Prozent. Der private Konsum dürfte an Fahrt aufnehmen. Im Herbst hatte die Regierung für 2026 allerdings noch mit einem Plus von 1,6 Prozent gerechnet.

Bei den Verbraucherpreisen erwartet die Regierung eine „moderate“ Entwicklung mit einer Inflationsrate von 2,2

Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt steige voraussichtlich um 120.000 auf 2,91 Millionen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ist noch pessimistischer und rechnet für 2025 mit einer schrumpfenden Wirtschaftsleistung um 0,1 Prozent. Kritisiert werden im internationalen Vergleich hohe Energiepreise und eine höhere Steuerlast, gestiegene Sozialabgaben, viel Bürokratie und eine zum Teil marode Infrastruktur. Dazu bremst die zunehmende

Alterung der Gesellschaft, das Wachstum wegen Engpässen bei Fachkräften.

Rund 140 Wirtschaftsverbände haben am Mittwoch mit Kundgebungen in mehreren Städten für einen Wechsel in der Wirtschaftspolitik demonstriert. „Es brennt inzwischen lichterloh“, sagte die Präsidentin des Verbands Die Familienunternehmer, Marie-Christine Ostermann.

Kritik am Protest kam wiederum vom Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel

Fratzscher: „Der ‚Wirtschafts-warntag‘ ist der Versuch einiger Unternehmenslobbys, ihren eigenen Interessen im Bundestagswahlkampf noch mehr Gewicht zu verleihen.“ Der Aufruf enthalte zahlreiche richtige Forderungen. Allerdings weigerten sich die Verbände, Verantwortung für eigene Fehler zu übernehmen. So sei „die Misere in der Automobilbranche in den letzten 15 Jahren nicht primär durch die Politik, sondern durch das Management der Unternehmen verursacht worden“.

Fake News machen Schlagzeilen.

Wir machen Journalismus!



Schifferstadter Tagblatt
Ihre Tageszeitung seit 1905!

KOMMENTARE



Migrationsdebatte im Bundestag: Der Geist ist aus der Flasche

Von Kerstin Münstermann
kommentar@vrm.de

Manchmal fallen Termine so zusammen, dass man glaubt, ein Regisseur hätte seine Finger im Spiel gehabt. Ausgerechnet am Tag des Holocaust-Gedenkens wird im Bundestag eine denkwürdige Debatte in Erinnerung bleiben. Und ein Eklat. Die schreckliche Tat von Aschaffenburg, der Taten in Mannheim, Solingen und Magdeburg vorangingen, hatte am Mittwoch ein parlamentarisches Nachspiel im Plenum. Eine Regierungserklärung von Kanzler Olaf Scholz (SPD), eine Replik des Unions-Kanzlerkandidaten Friedrich Merz, viele Redebeiträge und eine Abstimmung später wird man sich fragen, warum es eigentlich so weit kommen musste. Keine Frage, die Taten legen ein Defizit des Rechtsstaates offen, die deswegen unverzeihlich sind, weil Menschen ihr Leben gelassen haben. Das abzustellen und auch die Probleme mit ausländischen Gewalttätern beim Namen zu nennen und ihre Zahl zu reduzieren, ist die Pflicht von Politik. Merz hat nach dem Attentat von Aschaffenburg völlig zu Recht ein entschiedeneres Vorgehen gefordert und deutlich gemacht, was sich unter seiner Führung verändern würde. Kanzler Scholz hatte es im Sommer nicht vermocht, einen Konsens der Demokraten zu schärferen Gesetze herbeizuführen. Das hat sich geändert. Doch warum Merz diese Anträge derart ungestüm in den Bundestag gebracht hat, ist nicht zu verstehen. Er hat damit eine ganz andere Debatte eröffnet, nämlich die, wie weit Demokraten die Hand nach rechts ausstrecken dürfen. Warum hat er, der Kanzler werden will, nicht vorher den Kontakt zu den demokratischen Fraktionen gesucht? So hat der Unions-Antrag eine Mehrheit mit der AfD gefunden.

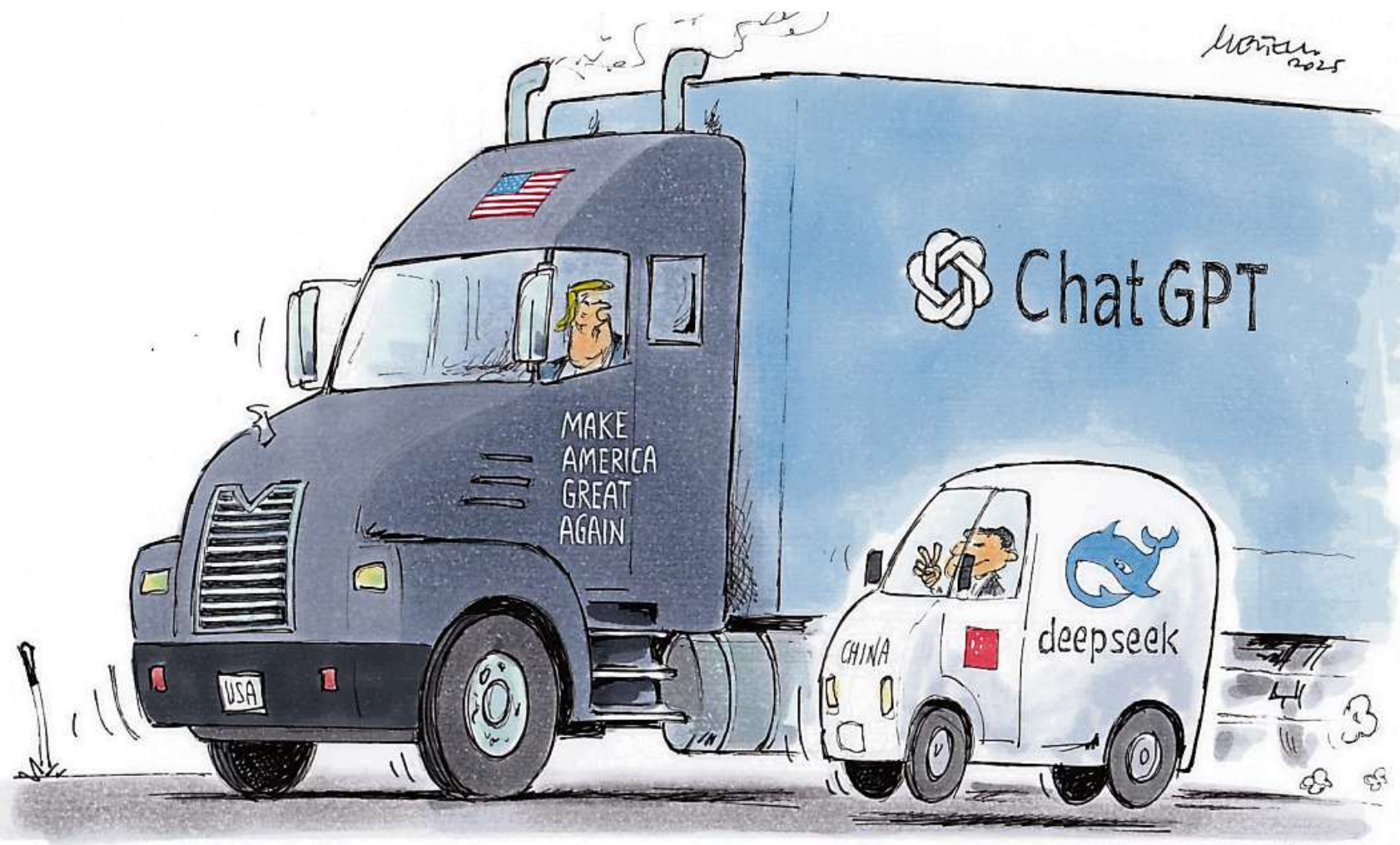
Sattdessen dürfte man am Mittwoch beiwohnen, wie der Kanzler seinen Herausforderer als „Zocker“ bezeichnet. Merz wiederum wirkt defensiv, begründet den Schritt mit seinem Gewissen und damit, dass sich endlich etwas ändern müsse. Dafür werde er die „schrecklichen“ Bilder von feixenden AfD-Abgeordneten in Kauf zu nehmen. Es liege an SPD und Grünen, den Vorschlägen zuzustimmen. SPD-Chef Lars Klingbeil spricht daraufhin von einem Tabubruch. Wie es nach der Wahl weitergehen soll mit Koalitions-Gesprächen? Offen. AfD-Kanzlerkandidatin Alice Weidel wird ihr Glück kaum fassen können. In der politischen Mitte Probleme lösen, damit die Ränder nicht stark werden. Das ist das, was man sich wünscht. Es ist auch ein Versagen des Kanzlers und der Ampel, dass das im Sommer nicht erreicht wurde. Aber mit seinem Vorgehen hat Merz dem Land im Wahlkampf keinen Dienst erwiesen. Denn der Geist ist aus der Flasche. Die schrecklichen Gewalttaten sind eine Mahnung. Aber die Gräben zwischen den Demokraten sind tiefer geworden.



Eine Wunderheilung der Wirtschaft wird es nicht geben

Von Karl Schlieker
karl.schlieker@vrm.de

Niemand will das Land schlechttreden, aber die Zahlen des Jahreswirtschaftsberichts sprechen für sich. Die Wirtschaft tritt auf der Stelle, Unternehmen und private Haushalte halten ihr Geld zusammen. Investitionen bleiben aus. Das gilt auch für den Staat. Die abgeschaltete Ampel-Regierung konnte geplante Wachstumsanreize nicht mehr umsetzen. Alle warten nun auf die neue Bundesregierung, die mit einem Ruck aufräumt und alles zum Besseren wendet. So unterschiedlich die Rezepte sind, so klar ist aber auch, dass eine Wunderheilung in der Nacht nach dem Wahltag kaum eintreten wird. Egal ob Steuersenkungen oder Investitionsprogramme – beides wird Milliarden Euro verschlingen. Jede künftige Bundesregierung kann darüber hinaus die elendigen, strukturellen Hürden nicht einfach mal niederreißen. Bürokratieabbau wird schnell versprochen, aber in der Praxis stößt dieser im detail- und föderalismusverliebten Deutschland schnell an Grenzen. Warum muss es beispielsweise 16 Datenschutzbeauftragte und 16 Landesbauverordnungen geben, die mit viel Liebe zum Detail den Alltag regeln? Aber werden Bundesländer auf Kompetenzen verzichten? Auch unbequeme Wahrheiten müssen auf den Tisch. Die Wachstumsbremse Fachkräftemangel wird auch bei einer Stärkung der Beschäftigungspotenziale von Frauen und Menschen ohne Bildungsabschluss nicht ohne qualifizierte Zuwanderung gelöst werden können. Die Wirtschaft selbst ist ebenfalls gefragt. Insbesondere energieintensive Industrien müssen sich in Zeiten des Klimawandels neu erfinden. Dazu brauchen sie Schützenhilfe, aber die Konzepte und Innovationen für die Zukunft müssen sie selbst besteuern. Ein „Weiter so“ wird es nicht geben.



Karikatur: Gerhard Mester

Die Unversöhnlichen

Bei der Migrationsdebatte geht es hoch her: Der „Notar der Republik“ gegen den „Zocker“ von der Union

Von Jan Drebes, Mey Dudin
und Hagen Strauß

BERLIN. Es werde seine wichtigste Rede im Wahlkampf, wenn nicht sogar überhaupt, heißt es vor Beginn der Sitzung des Bundestages aus dem Umfeld von Unionskanzlerkandidat Friedrich Merz. Seinen verschärften Asylkurs auch im Parlament zur Abstimmung zu stellen, soll der CDU-Chef im Alleingang durchgedrückt haben, so wird berichtet. Aber nicht jeder ist in seiner Fraktion darüber glücklich, dass Merz die Zustimmung der AfD in Kauf nehmen will. Bis zu 20 Unions-Abgeordnete sollen hadern, heißt es noch am Mittwochvormittag. Im Parlament bleiben dann auch einige Plätze leer bei der Union während der teils sehr hitzigen Debatte.

Bevor Merz seinen Kurs erklären kann, muss er zunächst die Attacken des Kanzlers über sich ergehen lassen. In ruhigem, aber scharfem Ton nimmt Olaf Scholz die Pläne seines Herausforderers in der Migrationspolitik auseinander und die Gleichgültigkeit des Oppositionsführers, ob die AfD diese Vorhaben unterstützt. Bei den Vorschlägen von CDU/CSU handele es sich um „Scheinlösungen, die unseren Rechtsstaat beschädigen und unsere Verfassung“, sagt Scholz. Zudem werde damit „das Fundament der Europäischen Union untergraben“. „Genau das tun Sie, Herr Merz. Das ist die Antwort von Populisten.“ Merz zockte, wenn er sagte, bei dem Thema „all in“ ge-

hen zu wollen – also wie beim Pokern. „Politik in unserem Land ist doch kein Poker-Spiel“, so Scholz. „Der deutsche Bundeskanzler darf kein Zocker sein, denn er entscheidet im schlimmsten Fall über Krieg oder Frieden.“ Das sitzt. Die SPD jubelt.

Merz mache zudem einen „unverzeihlichen Fehler“, indem er eine Mehrheit zusammen mit der AfD im Bundestag riskiere. Merz habe einen „Grundkonsens unserer Republik im Affekt“ aufgekündigt. Man müsse nun verhindern, dass es in Deutschland nach der Wahl zu einer Koalition zwischen Union und der AfD komme, warnt Scholz – dieses Gespenst malt der Kanzler klar an die Wand.

Auch kritisiert er die deutschen Behörden und macht sie mitverantwortlich für die aktuellen Migrationsprobleme. „Wir haben ein Vollzugsdefizit“, so Scholz. Denn alle vier Taten – in Mannheim, in Solingen, in Magdeburg und in Aschaffenburg – „hätten mit den bestehenden und von uns verschärften Gesetzen verhindert werden können.“

Friedrich Merz wirkt getroffen

Merz wirkt zwischendurch getroffen. Auf dem Weg zum Rednerpult kühlt er wieder etwas runter, seine Rede wird aber keine mit besonderem Nachhall. Er beginnt erst leise, ruft dann aber: „Wir haben in Deutschland ein massives Problem der

Ausländerkriminalität, vor allem unter den Asylbewerbern.“ Scholz' Versuch, den Behörden die Schuld für das Versagen zu geben, sei „sehr billig“. Der Kanzler solle aufhören zu beklagen, dass die Gesetze in Deutschland so seien, wie sie sind, sondern er müsse sie im Zweifel ändern: „Sie sind doch nicht der Notar der Republik“, attackiert Merz – es gibt erstmals großen Applaus der eigenen Leute. Scholz wirkt versteinert.

Merz listet die Punkte auf, die im Unionsgesetzentwurf stehen, der am Freitag zur Abstimmung gestellt wird. Bei einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung habe das nationale Recht Vorrang, wischt

er rechtliche Bedenken beiseite. „Was muss eigentlich in Deutschland noch passieren? Wie viele Menschen müssen noch ermordet werden? Wie viele Kinder müssen noch Opfer solcher Gewalttaten werden“, fragt Merz Scholz, „bevor Sie auch der Meinung sind, dass es sich hier um eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung handelt?“

Erst gegen Ende beschäftigt er sich mit der AfD. Es könne sein, dass die AfD am Freitag erstmalig die Mehrheit für ein notwendiges Gesetz ermögli- che. Aber vor die Wahl gestellt, „weiter ohnmächtig zuzusehen“ oder jetzt „aufrechten Ganges das zu tun, was unabweisbar notwendig ist, vor diese Wahl gestellt,

entscheide ich mich und entscheide wir uns für diesen letztgenannten Weg.“ Schließlich greift er Scholz noch an wegen dessen Aussagen über eine mögliche Koalition von Union und AfD nach der Wahl: Die Spekulationen, seien „niederträchtig und infam“.

Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) spricht von einem Schicksalstag. Er warnt, in der Sache folge die Union der Logik, Recht brechen zu wollen, um Recht zu verändern. „Das ist der steile Weg in den Abgrund.“ FDP-Chef Christian Lindner betont, das Problem sei nicht, dass die AfD den Unionsplänen zustimme, sondern dass Grüne und SPD dies nicht täten. BSW-Chefin Sahra Wagenknecht wirft den Grünen vor, „hauptverantwortlich“ für den Aufstieg der AfD zu sein.

Die AfD wöhnt sich am Ziel

Und die AfD selbst? Sie wöhnt sich am Ziel, der Brandmauer ein Ende gesetzt zu haben. Also dem klaren Nein der etablierten Parteien zu Mehrheiten mithilfe der AfD. Als Partei- und Fraktionschefin Alice Weidel im Plenum spricht, attackiert sie den Kanzler mit den Worten: „Wer so autoritär denkt, sollte nicht Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sein.“ Den Grünen wirft sie „geschmacklose“ Kundgebungen gegen Rechts „auf dem Rücken der Opfer“ vor. Merz biedere sich wiederum immer noch bei Grünen und SPD an.



„Politik in unserem Land ist doch kein Poker-Spiel“, mahnt Bundeskanzler Olaf Scholz. Foto: dpa

Mehrere Passanten schritten ein

Bayerns Innenminister Herrmann gibt bisher nicht-öffentliche Details zur Gewalttat von Aschaffenburg bekannt

ASCHAFFENBURG (dpa). Eine Woche nach der Bluttat in Aschaffenburg hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann weitere Details zum Tathergang veröffentlicht. So habe es der verdächtige Afghane offensichtlich gezielt auf eine Kindergartengruppe abgesehen, die am 22. Januar in einem Aschaffener Park unterwegs war.

„Die Erzieherinnen hatten, wie berichtet wird, bereits beim Anblick des Tatverdächtigen aufgrund seines Verhaltens ein gutes Gefühl, änderten daher

ihre Laufrichtung“, sagte der CSU-Politiker im Innenausschuss des Landtages in München. „Der Tatverdächtige lief ihnen hinterher.“

Der 28-Jährige griff sich nach bisherigen Ermittlungen in einem Bollerwagen sitzenden zweijährigen Jungen marokkanischer Herkunft, „zog diesem seine Mütze und seinen Schal aus und stach dann anschließend ohne weitere Vorankündigung mit einem 32 Zentimeter langen Küchenmesser zumindest siebenmal auf den Hals und Schul-

terbereich des Jungen ein“. Das Kind starb.

Anschließend soll der mutmaßlich psychisch kranke Flüchtling ein zweijähriges syrisches Mädchen mit dem Messer attackiert haben, das ebenfalls in dem Bollerwagen saß. Eine 59 Jahre alte, deutsche Erzieherin der Kita versuchte, „den Tatverdächtigen noch von der Tat abzuhalten und stellte sich ihm in den Weg“, sagte Herrmann. „Sie wurde von ihm allerdings zur Seite gestoßen. Sie stürzte dabei und zog sich eine Fraktur an der linken

Hand zu.“ Ein unbeteiligter 41-jähriger Deutscher, der mit seinem zweijährigen Kind gerade im Park unterwegs war, „nahm die Gefahrenlage wahr und agierte heldenmütig gegen den Täter“. Der Vater von zwei kleinen Kindern sei vom Verdächtigen tödlich verletzt worden. Der anwesende Sohn des Mannes blieb äußerlich unversehrt.

Ein weiterer Helfer, ein 72-jähriger Deutscher, erlitt Herrmann zufolge mehrere Messerstiche und wurde schwer verletzt. Als immer mehr Passanten

gegen den Verdächtigen vorgingen, flüchtete er zu Fuß und konnte rund zwölf Minuten nach dem ersten Notruf in der Nähe von Bahngleisen widerstandslos festgenommen werden, wie Herrmann sagte. „Die blutverschmierte Tatwaffe konnte in unmittelbarer Nähe zum Festnahmeort aufgefunden und sicher gestellt werden.“

Herrmann zufolge handelte der Täter als Einzeltäter. „Es gibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Hinweise auf etwaige Mit-

UN-Sicherheitsrat: Hilferuf aus dem Kongo

NEW YORK (dpa). Die Demokratische Republik Kongo fordert angesichts der aufflammenden Gewalt in dem Land mit der offensichtlichen Beteiligung von Soldaten aus Ruanda internationales Handeln. Außenministerin Therese Kayikwamba Wagner adressierte den Weltsicherheitsrat in New York und fragte rhetorisch, welches internationale Recht Ruanda noch verletzen müsse, „damit der Rat endlich die notwendigen Maßnahmen gegen Kigali ergreift“. Aktuell rückt die Rebellenmiliz M23 zusammen mit Soldaten aus dem Nachbarland Ruanda im Osten des Landes vor. M23 kämpft seit Jahren gegen kongolische Regierungstruppen und mit ihr verbündete Milizen, um sich den Zugang zu Bodenschätzen zu sichern. Die Zahl der Vertriebenen wird auf mehr als sieben Millionen Menschen geschätzt.

Ecovas verliert drei Staaten

DAKAR (epd). Die Sahelstaaten Mali, Burkina Faso und Niger sind seit Mittwoch nicht mehr Teil der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecovas. Die drei Länder hatten der Ecovas vorgeworfen, unter dem Einfluss ausländischer Mächte zu stehen und ihre Souveränität nicht ausreichend zu achten. Mali, Burkina Faso und Niger werden nach Putschen von Militärregierungen geführt. Sie hatten vor einem Jahr den Austritt aus dem bis dato 15 Staaten umfassenden Bund verkündet und sich stattdessen zur Allianz der Sahelstaaten zusammengeschlossen. Ecovas hatte daraufhin Sanktionen verhängt.

Trump winkt mit Abfindungen

WASHINGTON (dpa). Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump bietet Millionen Bundesbediensteten eine Abfindung an, wenn sie kündigen. Mitarbeiter von Ministerien und Behörden, die bis 6. Februar auf eine entsprechende E-Mail mit dem Wort „resign“ („kündigen“) antworten, erhalten bis Ende September volles Gehalt, geht aus einer Mitteilung der Bundespersonalbehörde hervor. Die Mail sei am Dienstag an 2,3 Millionen Beschäftigte verschickt worden, berichtet die „Washington Post“. Es handle sich um den bisher umfassendsten Versuch, den Staatsapparat zu verkleinern. Wer das Angebot nicht annehme, erhalte keine Garantie, dass seine Stelle erhalten bleibe.



Ihr Kontakt zur Zentralredaktion
E-Mail: kontakt@vrm.de
wirtschaft@vrm.de
kultur@vrm.de
sport@vrm.de

Blattmacher:
Andreas Härtel (Ltg.), Katharina Volkmann (Ltg.), Thomas Dix (Content-Manager), Alexandra Eckhardt (Content-Manager), Klaus Thomas Heck (Content-Manager), Steffen Nagel (Content-Manager), Beate Nietzel (Content-Manager), Björn-Christian Schüller (Content-Manager), Nadja Anthes-Ploch, Sigrid Babst, Torsten Boor, Ken Chowanetz, Susanne Einhäuser, Andreas Hand, Daniel Holzer, Dirk Janowitz, Peter Kämmerer, Silke Kaul-Fritz, Thorsten Lutz, Jürgen Möcks, Katrin Oltmanns, Carsten Schröder, Volker Schütz, Nicole Suckert

Wie lange hält Vucic noch aus?

In Serbien werden die von Studenten angeführten Proteste gegen den autokratischen Präsidenten immer lauter

Von Anita Pleic

BELGRAD/NOVI SAD. Aleksandar Vucic hatte schon bessere Laune. Doch der serbische Präsident, der zunehmend autokratisch agiert, sieht sich mit immer größer werdenden Protesten, angeführt von den Studenten im Land, konfrontiert. Dass ihn das massiv stört, zeigt auch ein kleiner Moment in einer Pressekonferenz in den vergangenen Tagen, als der Präsident sich öffentlich fragte, was in den Köpfen der Serben derzeit vorgeht. Verständnis sieht anders aus, ein Eingeständnis auch.

Angefangen hat das alles mit den dramatischen Ereignissen des 1. Novembers des vergangenen Jahres. In der nordserbischen Stadt Novi Sad starben an diesem Tag 15 Menschen, als das Vordach des dortigen Bahnhofs über ihnen zusammenbrach. Eines Bahnhofs, der gerade erst umfangreich saniert worden war und gleich zweimal feierlich wiedereröffnet wurde. Eigentlich sollte es Vucics großes Vorzeigeprojekt für die serbische Infrastruktur sein. Die Chinesen sanieren derzeit im Auftrag des serbischen Staates weite Teile der Eisenbahninfrastruktur. Während das Volk um die Toten trauerte, erklärte die Regierung, keine Verantwortung



Aleksandar Vucic



Ein Mann hält eine serbische Flagge während einer Demonstration, einen Tag nach dem Angriff auf Studenten durch Schläger mit Baseballschlägern.

Fotos: dpa

für das Unglück zu tragen. Das Vordach sei bei der Sanierung ausgespart worden, verantwortlich seien deshalb die ursprünglichen Erbauer des Bahnhofs. Einleuchtend ist es nicht, wieso lediglich das Vordach ausgespart wurde. Aufklärung eines so verheerenden Unglücks sieht anders aus.

Und deshalb gehen die Serben seit Monaten auf die Straße, angeführt von Schülern und Studenten. Sie waren es, die die ganze Bewegung mit Boykotts der Bildungseinrichtungen anschoben, sie besetz-

ten Schulen und Universitäten und werden dabei auch weitestgehend von Direktoren und Professoren unterstützt. Nur ein regierungsnaher Schuldirektor in Belgrad beschwerte sich bei Vucic. Der ermahnte die Schüler auch öffentlich und erreichte das Gegenteil dessen, was er wollte. Der Direktor knickte irgendwann ein, die Schüler sind nun noch motivierter, selbst wenn Repressionen drohen. Vucic verunglimpft die Menschen öffentlich, vom Ausland bezahlten Feinden Serbiens war da in der Vergangenheit schon die Rede. Bei den aktuellen Protesten kam

es schon zu mehreren Zwischenfällen, wenn etwa ein Auto in die Menge fährt oder Studenten verprügelt werden. Nicht wenige gehen davon aus, dass zumindest die Schläger bestellt waren. Beides veranlasste etliche Landwirte rund um Novi Sad zuletzt sogar, die protestierenden Menschen mit ihren großen Landmaschinen vor solchen Angriffen zu schützen. Inzwischen versammeln die Studenten Hunderttausende hinter sich. Die Proteste erreichten jetzt ihren vorläufigen Höhepunkt, als die Serben am Montag durchgehend bis Dienstagvormittag die „Auto-

komanda“ blockierten. Autokomanda ist nicht nur der Name eines Belgrader Viertels. Es ist nicht weniger als der wichtigste Verkehrsknotenpunkt des Landes. Das Volk lässt sich offensichtlich nicht so schnell einschüchtern, wie der Präsident das gerne hätte. Selbst von Bauernopfern lassen sie sich nicht beeindruckt. So ein Bauernopfer hat Vucic nun in Ministerpräsident Milos Vučević gefunden. Der erklärte am Dienstag seinen Rücktritt und verband das mit der Hoffnung, dass sich die Wogen glätten. Es ist ein weiterer Höhepunkt in einer Entwicklung, die zur größten

Staatskrise geworden ist, die Serbien seit dem Sturz Slobodan Milosevics und seiner Überstellung an das Den Haager Kriegstribunal 2001 erlebt hat. Jeder Protest beginnt mit 15 Schweigeminuten. Eine Minute für jedes Opfer von Novi Sad.

Die Korruption ist allgegenwärtig

Die Serben werfen dem Präsidenten vor allem Korruption vor. Diese Korruption sehen sie auch als Hauptgrund für das Unglück in Novi Sad. Sie sind in den vergangenen Jahren aus vielen Gründen auf die Straße gegangen. Bisher konnte Vucic die Proteste irgendwann einfangen. Danach sieht es diesmal nicht aus. Weil jegliche Aufarbeitung zum Unglück von Novi Sad fehlt, sehen sich die Serben bestätigt. Außerdem sehen die Serbinnen und Serben einen immer größer werdenden Eingriff in ihre demokratischen Freiheiten. Seit Jahren bescheinigen auch Experten, dass der Präsident mehr und mehr autokratisch agiert. Vucic hat eine lange politische Karriere vorzuweisen. Er war unter anderem Ministerpräsident und Verteidigungsminister. Seit 2017 ist er Präsident und weitete seinen Machtbereich immer weiter aus. Unabhängige Wahlbeobachter hatten bei den jüngsten Wahlen bescheinigt, dass es zu Manipulationen kam. Gegen die aktuellen Proteste scheinen ihm die Lösungen auszugehen.

Gegen den Schlussstrich

Der Bundestag gedenkt der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz

Von Alexander Mroos
und Mey Dudin

BERLIN. 80 Jahre sind vergangen, seit Soldaten der Roten Armee die Zäune des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau durchbrachen. „Die jungen Männer sind kampferprobt. Der Anblick Toter ist für sie alltäglich. Doch keiner von ihnen ist vorbereitet auf das, was sie in Auschwitz erwartet“, schildert Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) Augenzeugenberichte in der Gedenkstunde des Bundestags für die Opfer des Nationalsozialismus. Nur rund 7000 Menschen konnten damals in Auschwitz gerettet werden. Millionen waren Opfer der NS-Diktatur geworden.

„Viele Menschen in Deutschland wollen nichts mehr hören vom Holocaust. Sie wollen sie endlich loswerden, die historische Verantwortung“, kritisiert Bas. „Ich sage, wir dürfen uns unserer historischen Verantwortung niemals entziehen.“ Der Antisemitismus greife wieder um sich. „Vor Kurzem fragte mich ein jüdischer Vater, können Sie mir versichern, dass meine Kinder in diesem Land auch in Zukunft sicher sind? Wie gern hätte ich aus voller Überzeugung mit Ja geantwortet.“ Doch die Frage bleibe offen. Es sei an der Politik, aber auch an jedem Einzelnen, sich zu fragen, was man bereit sei für das „Nie wieder“ zu tun.

Angriffe auf Gedenkstätten

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier warnt davor, die historische Wahrheit der Shoah wegzupacken. „Wir müssen uns dieser Wahrheit immer wieder von Neuem

stellen. Und wir dürfen nicht darin nachlassen, sie den Nachkommenden weiterzuerzählen.“ Der Bundespräsident würdigt die Arbeit in den Gedenkstätten, weist darauf hin, dass diese heute aus politischen Gründen angegriffen und geschändet werden. „Dass Mitarbeiter beleidigt und bedroht werden, das muss uns alarmieren.“ Er betont: „Diese systematischen Angriffe zielen darauf ab, auf Einschüchterung, auf Zerstörung und am Ende auf eine Diskreditierung der Erinnerung und die Umschreibung der Geschichte.“

Steinmeier sagt: „Die Shoah ist ein Teil der deutschen Geschichte. Sie ist, ob wir wollen oder nicht, Teil unserer Identität. Es gibt kein Ende der Erinnerung und deshalb auch keinen Schlussstrich unter unsere Verantwortung.“ Zum Abschluss zitiert er die Worte des Holocaust-Überlebenden Leon Weintraub (99), der eindringlich und fast verzweifelt gewarnt habe: „Nehmt die Feinde der Demokratie ernst!“ Steinmeier sagt: „Wir leben in einer Zeit der Entscheidung.“

Wir haben es in der Hand, das Errungene zu bewahren und unsere Demokratie zu schützen. Gehen wir nicht zurück in eine dunkle Zeit.“

Zu den Rednern gehört auch der Holocaust-Überlebende Roman Schwarzman. Er wurde 1936 in der Nähe von Odesa geboren und im Sommer 1941 als Kind wegen seines jüdischen Glaubens in das Ghetto in Berschad transportiert. Heute engagiert er sich als Vorsitzender des ukrainischen Verbandes für jüdische KZ- und Ghetto-Überlebende. Schwarzman berichtet vom Leid in den Ghettos. „Einmal habe ich der Vernichtung bereits entgehen können“, sagt er und fügt mit Blick auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine hinzu: „Jetzt bin ich ein alter Mann und muss erneut mit der Angst leben, dass meine Kinder und Enkelkinder Opfer eines Vernichtungskrieges werden.“ Er bedankt sich für die Unterstützung Deutschlands und ruft zu weiterer Unterstützung auf. „Die Ukraine wird alles tun, damit der Krieg nicht zu euch kommt.“



Der Holocaust-Überlebende Roman Schwarzman (99) – hier mit Bundestagspräsidentin Bärbel Bas – berichtet vom Leid in den Ghettos. Und blickt verbittert auf den Ukraine-Krieg. Foto: dpa

Einsatz in Rafah?

Deutsche Grenzschrützer könnten im Gazastreifen helfen

BERLIN/JERUSALEM (dpa). Am Grenzübergang Rafah zwischen dem Gazastreifen und Ägypten sollen demnächst auch deutsche Grenzschrützer für Sicherheit sorgen. In der Bundesregierung laufen Planungen für eine mögliche Entsendung, wie die Deutsche Presse-Agentur (dpa) aus Regierungskreisen erfuhr. Die Lage im Gazastreifen und auch im Libanon bleibt allerdings trotz Waffenruhen fragil: Im Gazastreifen gab Israels Armee eigenen Angaben zufolge Warnschüsse auf Verdächtige ab; im Libanon flog sie Drohnenangriffe auf Fahrzeuge der radikal-islamischen Hisbollah.

Noch ist der Grenzübergang Rafah gesperrt. Seine Wiedereröffnung gehört zu einer Drei-Phasen-Vereinbarung zwischen der islamistischen Terrororganisation Hamas und Israel zur Beendigung des Gaza-Kriegs. Der Übergang soll die Einfuhr von deutlich mehr humanitärer Hilfe für die Palästinenser in dem Küstenstreifen ermöglichen. Wie die dpa erfuhr, soll ein Kabinettsbeschluss aus dem Jahr 2005 so angepasst werden, dass dort auch ein Einsatz bewaffneter Kräfte des Grenzschrützes möglich wird. Der Beschluss aus dem Jahr 2005 sah demnach nur die Entsendung unbewaffneter Grenzschrützer vor. In der aktuellen Situation wird das aber für zu gefährlich gehalten.

Einsatz im Rahmen einer EU-Mission

Der Einsatz deutscher Experten könnte im Rahmen der EU-Mission zur Unterstützung des Grenzschrützes in Rafah (Eubam Rafah) erfolgen, die erstmals nach jahrelanger



Ein Lkw mit humanitärer Hilfe für den Gazastreifen wartet am Grenzübergang von Rafah. Foto: dpa

Pause wieder vor Ort tätig werden soll. Sie war bereits 2005 eingerichtet worden, um bei den Kontrollen am Grenzübergang zu helfen. Seit der Machtübernahme der islamistischen Hamas 2007 im Gazastreifen gab es allerdings kein EU-Personal mehr am Grenzübergang, weil die EU nicht mit der Hamas kooperieren wollte.

In einer ersten Phase soll nun möglichst von Anfang Februar an eine niedrige zweistellige Zahl an EU-Grenzschrützerexperten sowie Unterstützungskräften für die Sicherheit am Grenzübergang tätig sein. Sie wird den Planungen zufolge unter anderem Kontrollen beaufsichtigen und es ermöglichen, dass mehrere Hundert verletzte Palästinenser den Gazastreifen verlassen können.

Nach Angaben des italienischen Außenministers Antonio Tajani wird es sich bei den Experten zunächst einmal um Grenzschrützer aus Italien, Spanien und Frankreich handeln. Aus Deutschland könnten Bundespolizisten oder Zollbeamte nach Rafah ent-

sendet werden. Der EU-Einsatz erfolgt mit dem Einverständnis Ägyptens und auf Bitte der Israelis und Palästinenser hin.

Warnschüsse auf Verdächtige

Derweil gab die israelische Armee eigenen Angaben zufolge im Gazastreifen Warnschüsse auf Verdächtige ab. Die Armee forderte die Bewohner des Gazastreifens auf, sich den in der Region stationierten Truppen nicht zu nähern. Trotz Waffenruhe flog das Israels Militär im Südlibanon einen Drohnenangriff. Laut dem libanesischen Gesundheitsministerium wurden 24 Menschen verletzt. Der libanesischer Ministerpräsident Nadschib Mikati verurteilte den Angriff als Verletzung der Waffenruhe. Ein israelischer Militärsprecher teilte kurz darauf mit, der Angriff habe einem Lkw und einem weiteren Fahrzeug der Hisbollah gegolten, in denen Waffen transportiert wurden. Der Angriff sei erfolgt, als die Waffenübergabe beobachtet wurde.

Personalabbau bei Maschinenbauern

FRANKFURT (dpa). Die schwache Auftragslage macht vielen Maschinenbauern in Deutschland auch im neuen Jahr zu schaffen. In einer Umfrage des Branchenverbandes VDMA stuft ein Drittel (34 Prozent) der 1.021 befragten Mitgliedsunternehmen die eigene Auftragsituation mit Blick auf die nächsten sechs Monate als „großes“ oder „sehr großes“ Risiko ein.

Die Folge: Viele Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück, ein Viertel sieht sich gezwungen, in den nächsten sechs Monaten Personal abzubauen.

In Summe bewertet jeder dritte Maschinen- und Anlagenbauer (35 Prozent) seine aktuelle Lage als „schlecht“ oder „sehr schlecht“. Zwar stuft immerhin jedes fünfte Unternehmen (22 Prozent) die Lage als „gut“ oder „sehr gut“ ein. Doch die Skepsis – auch mit Blick – nach vorn überwiegt.

Warnstreik bei der Post geht weiter

BERLIN/BONN (dpa). Nach dem Warnstreik bei der Post am Dienstag dürften auch an diesem Mittwoch viele Menschen vergeblich auf Briefe und Pakete warten. Im Tarifkonflikt mit der Deutschen Post rief die Gewerkschaft Verdi den zweiten Tag in Folge Zusteller zu einem Warnstreik auf. Heute sind die ländlichen Regionen in den Bundesländern betroffen. Stadtstaaten sind den Angaben nach nicht betroffen. Am Dienstag waren es die größeren Städte und Großstädte. „In der zweiten Verhandlungsrunde in der vergangenen Woche gab es kaum Bewegung“, sagte die stellvertretende Verdi-Vorsitzende Andrea Kocsis.

Die Energiekosten müssen runter

Mitten in der Rezession wird in wenigen Wochen der Bundestag neu gewählt / Das wollen die Parteien in der Wirtschaftspolitik

Von Andreas Hoenig

BERLIN. Die deutsche Wirtschaft steckt in einer Krise fest. Wie geht es weiter? Das dürften sich Millionen von Wählerinnen und Wählern fragen – vor dem Hintergrund höherer Sozialabgaben, zunehmender Firmenpleiten und maroder Schienen und Brücken. Die Wirtschaftspolitik ist eines der zentralen Themen im Bundestagswahlkampf. Im vergangenen Jahr schrumpfte die Wirtschaftsleistung von Europas größter Volkswirtschaft das zweite Jahr in Folge. Auch für 2025 Jahr erwartet die Regierung nur ein Mini-Wachstum.

Seit Langem beklagen vor allem energieintensive Unternehmen im internationalen Vergleich höhere Energiekosten – das geht zulasten der Wettbewerbsfähigkeit und senke den Spielraum für Investitionen. Beim Strom sei für viele Unternehmen das Preisniveau noch höher als vor der Energiekrise 2022 nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine, ergab eine Untersuchung der Denkfabrik Agora Energiewende. Laut Deutscher Industrie- und Handelskammer (DIHK) sind die Gaspreise bis zu siebenmal und die Strompreise bis zu fünfmal so hoch wie an konkurrierenden Standorten anderer Länder. Die Folge: Immer mehr Unternehmen überlegen, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern, wo Energie günstiger ist.

Die Energiekosten müssen runter: Dieses Ziel findet sich in allen Wahlprogrammen – von Union, SPD, Grünen, FDP, AfD und BSW. „Der Strom muss für alle schnell und spürbar günstiger werden“, heißt es zum Beispiel bei der Union. Zu den vor-



Foto: dpa

Nicht nur die deutsche Bauwirtschaft befindet sich seit Jahren in der Krise.

geschlagenen Maßnahmen gehört vor allem, dass die Netzentgelte sowie die Stromsteuer gesenkt werden sollen – das würde auch Entlastungen für private Haushalte bedeuten.

In Deutschland herrscht eine große Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung, urteilen führende Ökonomen. Die Folge: Unternehmen halten sich mit Investitionen zurück. Auch der private Konsum kommt nicht in Fahrt, die Sparquote bleibt hoch. Eine DIHK-

Konjunkturumfrage im Herbst ergab: Die Anzeichen einer Deindustrialisierung erharteten sich. Was also tun? Die SPD mit Kanzler und Kanzlerkandidat Olaf Scholz verspricht einen „neuen Aufschwung“, die Union mit Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) ein „neues Wohlstandsversprechen“. Bei der AfD heißt es: „Zeit für Wohlstand“. Die Grünen wollen Zukunftsblokkaden lösen, die FDP Wohlstand und Aufstiegschancen für die Zukunft schaffen.

Die Parteien unterscheiden sich aber in ihren Lösungsvorschlägen: Während Union und FDP sich vor allem für milliardenschwere, breite Steuerentlastungen einsetzen, legen SPD und Grüne einen Fokus auf einen milliardenerschweren, kreditfinanzierten „Deutschlandfonds“, um Investitionen zu mobilisieren. Die SPD will einen „Made in Germany“-Bonus, mit dem der Staat Unternehmen bei Investitionen in Maschinen oder Fahrzeuge zehn Prozent der Kos-

ten abnehmen soll, auch die Grünen sind für eine Investitionsprämie.

Union und FDP wollen die Unternehmenssteuerbelastung auf maximal 25 Prozent senken und den Rest-Soli abschaffen. CDU und CSU wollen zudem bei der Einkommensteuer vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen entlasten. Auch die FDP fordert, dass viele mehr Netto vom Brutto bekommen, die SPD will ebenfalls Entlastungen für Gering- und Nor-

malverdiener bei der Einkommensteuer. Wie die Grünen will die SPD Superreiche stärker belasten. Steuerliche Maßnahmen würden zig Milliarden kosten.

Von FDP, CDU/CSU und AfD vorgeschlagenen Steuersenkungen kämen vor allem Menschen mit höherem Einkommen zugute – SPD, Grüne, Linke und das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) würden besonders untere und mittlere Einkommen entlasten, was aus Berechnungen des Mannheimer Leibniz-Instituts für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hervorgeht.

Die Schuldenbremse ist umstritten

Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse sieht neue Schulden nur in einem begrenzten Umfang vor. Die SPD macht sich dafür stark, die Schuldenregel so zu reformieren, dass Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und in den Wohlstand nicht behindert werden. Eine Reform wollen auch die Grünen. Der Investitionsstau in Deutschland liege im dreistelligen Milliardenbereich, heißt es im Wahlprogramm mit Blick etwa auf marode Straßen und Brücken. Die Schuldenbremse verhindere Investitionen und andere Maßnahmen, um die stagnierende Volkswirtschaft wieder anzukurbeln.

Für eine Reform der Schuldenbremse ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag erforderlich. Die Union will laut Wahlprogramm an der Schuldenbremse festhalten. Die FDP lehnt eine solche ab, das war ein Hauptgrund für das Scheitern der Ampel.

Börse Frankfurt

Table with 4 columns: Name, Div., Schluss, and Veränderung. Includes sub-sections for MDAX and DAX.

WEITERE DEUTSCHE AKTIEN

Table of German stocks with columns: Name, Div., Schluss, and Veränderung.

WEITERE REGIONALE AKTIEN

Table of regional German stocks with columns: Name, Div., Schluss, and Veränderung.

EURO STOXX 50

Table for EURO STOXX 50 with columns: Name, Div., Schluss, and Veränderung.

DAX table with 10 columns: Name, Div., Rend., Schluss, Vortag, Veränderung, %Vortag, KGV, 2024, 52 Wochen Vergleich, Tief.

DAX weiter in Rekordlaune

(Dow Jones) - Der deutsche Aktienmarkt hat am Mittwoch mit Aufschlägen geschlossen. Der DAX gewann 1,0 Prozent auf 21.638 Punkte, bei 21.672 wurde ein neues Allzeithoch markiert. Eine bislang besser als erwartet laufende Berichtssaison stützte das Sentiment. Die Zinsentscheidung der US-Notenbank stand erst nach Börsenschluss an. Nach drei Zinssenkungen in Folge dürfte die Fed still-

halten und den Fed-Funds-Zielsatz bei 4,25 bis 4,50 Prozent bestätigen. Der Fokus dürfte auf dem geldpolitischen Ausblick liegen. Derzeit werden an den Märkten für das laufende Jahr Zinssenkungen von 51 Basispunkten eingepreist, das entspricht laut der Deutschen Bank praktisch genau der Zinservartung (Dotplot) der US-Notenbank. Am Donnerstag folgt dann die EZB mit ihrer Zinsentscheidung.

DAX ↑ 21637,53 (+0,97%)

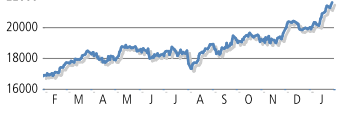


Table of individual stock prices under the DAX section.

DOW JONES ↓ 44767,75 (-0,18%)

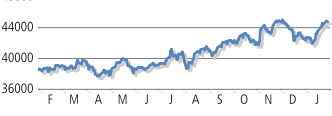


Table of individual stock prices under the Dow Jones section.

Table of international stock prices (Auslandswerte).

WEITERE AUSLANDSWERTE

Table of international stock prices with columns: Name, Div., Schluss, and Veränderung.

INVESTMENTFONDS

Table of investment funds with columns: Name, Ausschüttung, Rücknahme, 29.1. Vortag.

Table of international stock prices.

SCHWEIZ IN CHF

Table of Swiss stock prices in CHF with columns: Name, Div., Schluss, and Veränderung.

Table of international stock prices.

METALLE UND MÜNZEN

Table of metals and currencies with columns: Name, Ankauf, Verkauf.

ÖLPREISE

Table of oil prices with columns: Name, 29.1., 28.1.

EZB-REFERENZKURSE

Table of ECB reference rates with columns: Name, 29.01.2025.

RENTENMARKT

Table of bond market data with columns: Name, Rendite, 29.1., 28.1.

Stand: 19:51 Uhr

Erläuterungen: Vz = Vorzugsaktien ohne Stimmrecht, St. = Stammaktien, NA = Namensaktien, vNA = vinkulierte Namensaktien. Die Kurse der deutschen Indizes basieren auf dem Börsenplatz Xetra, ansonsten Frankfurt Parketthandel oder Zürich, soweit verfügbar. Genannt sind Schlusskurse in Euro, * = auch im Euro Stoxx 50. Farbig gekennzeichnete Titel haben gegenüber dem Vortag an Wert verloren. Die ausgewiesenen Dividenden sind die letzten, geleisteten Dividenden in Landeswährung. Münzen/Bären = Deuggsa Goldhandel (Endkundenpreise). = vom Vortag oder letztverfügbar.

Tote bei Massenpanik bei Pilgerfest

PRAYAGRAJ (dpa). Bei einer Massenpanik während des weltweit größten Pilgerfests sind in Indien mindestens 30 Menschen ums Leben gekommen. Zudem seien 60 Besucher der Maha Kumbh Mela verletzt worden, teilte der für die Sicherheit beim Festival zuständige Beamte Vaibhav Krishna in der Stadt Prayagraj mit. Auf dem Festivalgelände am Ufer des Ganges befanden sich zum Zeitpunkt des Unglücks am Mittwochmorgen Millionen Besucher. Viele Pilger hätten dort darauf gewartet, für eine rituelle Waschung in den Fluss zu steigen, sagte Krishna. Weitere Menschenmengen seien dorthin geströmt. Dabei seien Sicherheitsbarrikaden eingerissen worden, was zu dem Massengedränge geführt habe. Im Zentrum des sechswöchigen Festivals stehen rituelle Waschungen an der Stelle, wo sich der Ganges und der Yamuna mit dem nur in der Mythologie existierenden Strom Saraswati vereinigen.

Max Schautzer gestorben



Max Schautzer wurde 84 Jahre alt. Foto: dpa

KÖLN (dpa). Der Moderator und Schauspieler Max Schautzer ist tot. Er starb „nach kurzer schwerer Krankheit“ am Mittwochnachmittag in Köln, wie Jürgen Ross von der Schauspielagentur Ross bestätigte. Bekannt war Schautzer etwa aus der ARD-Sendung „Pleiten, Pech & Pannen“, die lustige Privatvideos über Missgeschicke zeigte. Mitte der 1980er-Jahre brachte er damit ein Millionenpublikum zum Lachen. Erfolgreich waren auch Sendungen wie „Alles oder nichts“, „Allein gegen alle“, „Die goldene Eins“ und „Ein Platz an der Sonne“.

Royales Baby in London



Athena Elizabeth Rose Mapelli Mozzi kam am 22. Januar zur Welt. Foto: Edoardo Mapelli Mozzi/PA Media/dpa

LONDON (dpa). Die Nichte des britischen Königs Charles III., Prinzessin Beatrice, ist Mutter einer Tochter geworden. Athena Elizabeth Rose Mapelli Mozzi sei am 22. Januar geboren worden, teilte das Königshaus mit. Mutter und Tochter seien „gesund und wohlauf, und die Familie genießt die gemeinsame Zeit“. Der Nachwuchs kam mehrere Wochen zu früh. Beatrice und ihr Mann Edoardo Mapelli Mozzi haben bereits eine drei Jahre alte Tochter.

Der Würfel, der alle verrückt machte

Vor 50 Jahren begann der Siegeszug des beliebten „Rubik's Cube“

Von Michael Ossenkopp

BUDAPEST. Die Lösung des dreidimensionalen Geduldsspiels trieb Spielende massenweise zur Verzweiflung. Am 30. Januar 1975 meldete der ungarische Architektur-Professor Ernő Rubik in Budapest ein „mechanisches Puzzle“ zum Patent an. Weltweite Bekanntheit erlangte der kleine, bunte Zauberwürfel unter der Bezeichnung „Rubik's Cube“.

Bereits 1974 hatte der Erfinder das knapp sechs Zentimeter große Drehpuzzle entwickelt, um das räumliche Denkvermögen seiner Studenten zu trainieren. „Niemand hätte gedacht, dass der Cube so beliebt wird. Er ist ein verbindendes Element, das geografische Grenzen genauso übersprungen hat wie Sprachbarrieren. Jeder kann ihn verstehen“, freut sich Rubik heute. Dabei hatte selbst Rubik anfangs Schwierigkeiten, den verdrehten Würfel wieder in seinen ursprünglichen Zustand zu bringen. „Es war wie ein Geheimcode, den ich selbst erfunden hatte, aber nicht mehr entschlüsseln konnte.“

Sein erster Entwurf bestand aus kleinen Holzblöcken, die untereinander mit elastischen Bändern verbunden waren. Da sie jedoch leicht rissen, experimentierte er auch mit Magneten und einem Schienen-System. Doch auch diese Materialien waren ungeeignet. Schließlich

lich kam er auf die Idee mit einem Mittelstück aus Kunststoff, um das Kanten- und Eckstücke verschoben werden konnten. Besonders lange tüftelte Rubik an dem inneren Mechanismus mit abgerundeten Formen und der exakten Balance zwischen fest und locker.

Der dreidimensionale Würfel besteht aus 26 einzelnen Steinen, sechs in der Mitte, zwölf an den Kanten und acht an den Ecken. Jede der sechs verschiedenfarbigen Seiten mit neun Steinen zeigt in der Grundstellung eine einheitliche Farbe. Nach zufälligem Verdrehen des Würfels besteht die Lösung des Puzzles darin, wieder sechs einfarbige Seitenflächen herzustellen. Was auf den ersten Blick einfach erscheint, entpuppt sich als äußerst kompliziert, denn für die Position der Steine gibt es mehr als 43 Trillionen mögliche Kombinationen.

An großen wirtschaftlichen Erfolg glaubte kaum jemand

Schon bald erfreute sich der Würfel auch außerhalb der Universität großer Beliebtheit. Nachdem am 28. Oktober 1976 das ungarische Patent Nr. 170062 erteilt worden war, kamen Anfang 1977 erste Rubik-Würfel in den Handel – vorerst jedoch nur in Ungarn. Die Zahl begeisterter Anhänger wuchs schnell, überall in Schulen,

Straßenbahnen und Cafés waren Zauberwürfel-Spieler zu sehen. Ungarische Patente durften damals nicht ohne Weiteres in den Westen verkauft werden.

Dennoch wurde Ende 1979 der britischen Firma „Pentangle“ ein Exemplar zugesandt, die eine Lizenz für Großbritannien erwarb. An einen großen wirtschaftlichen Erfolg glaubte aber kaum jemand.

Anfang 1980 wurde Rubik's Cube auf der Spielwarenmesse in Nürnberg vorgestellt, kurz darauf auch in London, Paris und New York. Interessenten waren zwar beeindruckt, der Würfel schien jedoch zu abstrakt und kompliziert – und daher wenig massentauglich. Zudem fürchteten mögliche Produzenten, dass seine Herstellung schwierig und teuer würde.

Dennoch reisten Vertreter der amerikanischen „Ideal Toy Corporation“ nach Budapest und erwarben von der ungarischen Regierung nach fünfjährigen Verhandlungen die weltweiten Vertriebsrechte. „Sie rechneten mit einer Million verkaufter Cubes im ersten Jahr. Das war optimistisch – und ein Riesenerfolg zugleich.“ „Denn tatsächlich verkauften sie weltweit 30 Millionen Cubes im ersten Jahr“, erinnert sich der inzwischen

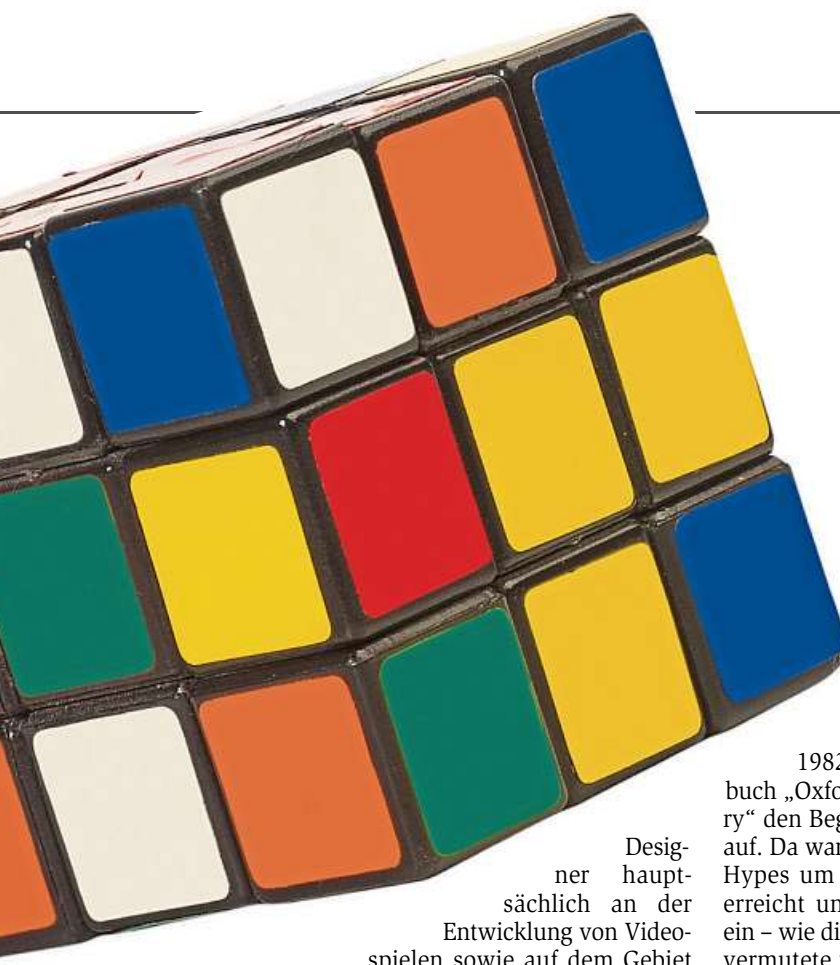


Foto: Mercedes Fittipaldi - stock.adobe.com

80-jährige Rubik.

In Deutschland startete der Verkauf am 2. Juni 1980. Das Problem der Spielzeugindustrie in den ersten zweieinhalb Jahren war nicht, das mechanische Geduldsspiel zu verkaufen, sondern es geliefert zu bekommen. Die Nachfrage stieg rasant von einer Million auf zwei und dann auf fünf. 1981 konnte „Ideal Toy“ nicht genug Würfel herstellen. Billige Nachahmungen aus Fernost überschwemmten den Markt.

„Von dem Geld habe ich mir lediglich einen Golf I gekauft“

Im Gegensatz zu anderen Erfindern aus dem damaligen Ostblock wie dem Russen Alexei Paschitnow, der für die Entwicklung des Videospieles „Tetris“ jahrelang keinen Rubel gesehen hatte, soll Rubik im Spielbereich der erste Dollar-Millionär hinter dem Eisernen Vorhang geworden sein. Dazu meinte er einmal schmunzelnd: „Von dem Geld habe ich mir lediglich einen Golf I gekauft.“

1983 machte er sich selbstständig und entwarf Möbel und Spiele, zurzeit arbeitet er der

Designer hauptsächlich an der Entwicklung von Videospiele sowie auf dem Gebiet der Architektur. Die später von ihm erdachten mathematischen Brettspiele und mechanischen Geduldsspiele wie Rubik's Magic oder Rubik's Tangle konnten allerdings nie an den Erfolg des Würfels anknüpfen.

Vor allem Jugendliche litten damals unter dem berüchtigten „Rubik-Arm“, nachdem sie stunden- und tagelang ununterbrochen gespielt hatten. Ver zweifelte Spieler suchten mitunter wochenlang nach einer Lösung. In Zeiten vor dem Internet präsentierte das Magazin „Der Spiegel“ im Januar 1981 einem breiten Publikum einen Lösungsweg per „Layer-by-Layer“-Methode, bei der drei Ebenen des Würfels nacheinander geordnet werden.

Im Herbst des Jahres berichtete auch das DDR-Fernsehen über den Boom. Ungarn-Korrespondent Bernd Niestroj sprach im Wissenschaftsmagazin „Aha“ von einer neuen „Massenkrankheit“, die von den bunten Würfeln ausgelöst worden sei.

Bereits im selben Jahr fand der Zauberwürfel seinen Weg als Ausstellungsstück ins New Yorker Museum of Modern Art.

1982 nahm das Wörterbuch „Oxford English Dictionary“ den Begriff „Rubik's Cube“ auf. Da war der Höhepunkt des Hypes um den Würfel bereits erreicht und der Markt brach ein – wie die „New York Times“ vermutete wegen der aufkommenden Videospiele.

Die erste Weltmeisterschaft zum Lösen des Würfels fand 1981 in München statt. Beim sogenannten Speedcubing werden von der World Cube Association (WCA) Landes-, Kontinental- und Weltmeisterschaften ausgetragen. Der aktuelle Weltrekord liegt bei sagenhaften 3,13 Sekunden und wurde 2023 vom Amerikaner Max Park aufgestellt. Den Rekord für eine Lösung mit nur einer Hand hält seit Oktober 2024 mit 5,66 Sekunden der indischstämmige Schweizer Dhruva Sai Meruva. Beim „Blindfold Cubing“ mit verbundenen Augen prägen sich die Teilnehmer zuvor die verdrehte Würfelstellung ein, die Bestmarke liegt hier zurzeit bei 12,00 Sekunden, aufgestellt im vergangenen Februar von Tommy Cherry aus den USA.

Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg vom Oktober 2019 verlor der Zauberwürfel seinen Markenschutz. Der Entscheidung des EU-Gerichts war ein jahrelanger Rechtsstreit vorausgegangen. Bis heute gingen schätzungsweise 500 Millionen Stück über die Ladentheken.

Künstliche Intelligenz berät Patienten

85 Prozent der Kniegelenkersatz-Operationen erfolgen laut der Techniker Krankenkasse zu früh / Das Online-Portal DocRobin ermöglicht eine zweite Meinung

Von Ute Strunk

MAINZ. Der Ersatz eines Kniegelenks ist eine der häufigsten Operationen in Deutschland. Allein in Hessen wurden im Jahr 2023 rund 16.000 Kniegelenkersatz-Operationen durchgeführt, in Rheinland-Pfalz waren es mehr als 9.600 und deutschlandweit laut Statistischem Bundesamt rund 230.000.

Da es für medizinische Laien meist schwierig ist zu entscheiden, ob eine empfohlene Operation durchgeführt werden soll oder es noch andere Behandlungsmöglichkeiten gibt, soll eine Zweitmeinung helfen, die richtige Entscheidung zu treffen und unnötige Operationen zu vermeiden.

„Trotz aller Sorgfalt, sind operative Eingriffe doch immer mit Risiken wie bakteriellen Infektionen, Thrombosen

oder Blutungen verbunden“, sagt Jörn Simon, Landesvertretungsleiter der Techniker Krankenkasse (TK) in Rheinland-Pfalz. Darüber hinaus verfüge der künstliche Gelenkersatz nur über eine begrenzte Haltbarkeit. Deshalb sei es sinnvoll, mit einem solchen Eingriff so lange zu warten, bis er medizinisch wirklich notwendig sei.

Spezialisiert auf Knie-Endoprothesen

Um die Notwendigkeit einer Knieoperation überprüfen zu können, bietet die TK ihren Versicherten ab sofort eine neue digitale Zweitmeinung in Kooperation mit dem Start-up DocRobin an. Um dieses kostenlose Angebot nutzen zu können, müssen Versicherte ein Röntgenbild auf dem Zweitmeinungsportal hochla-

den. Zudem muss der Versicherte ein Benutzerkonto „Meine TK“ eingerichtet haben und sich auf dem Portal DocRobin registrieren.

Dort überprüft ein virtueller Arzt-Avatar die Krankengeschichte und analysiert anschließend mittels künstlicher Intelligenz die hochgeladenen Röntgenbilder. Innerhalb von zwei Werktagen erhalten die Versicherten dann eine ärztliche Einschätzung und eventuelle Empfehlungen für Alternativen zur Operation.

„DocRobin ist ein digitaler Zweitmeinungsdienst, der sich ausschließlich auf Knie-Endoprothesen spezialisiert hat. Das medizinische Zweitmeinungsverfahren wird von unabhängigen Experten auf diesem Gebiet durchgeführt“, erläutert eine TK-Sprecherin. Die Einschätzung beruhe nicht nur auf den Röntgenbil-

dern, sondern auch auf den Antworten, welche die Betroffenen im Chat auf den Fragenkatalog des ärztlichen Avatars geben. „Diese Fragen wurden auf Basis der langjährigen Erfahrung von Professor Wolfgang Böcker, dem Direktor der Klinik für Orthopädie und Unfallchirurgie des Klinikums der Universität München, ausgewählt – und jeder Fall wird persönlich von ihm überprüft.“ Der Versicherte habe dann die Möglichkeit, die medizinische Zweitmeinung, mit einem Arzt – per Videocall – persönlich zu besprechen.

Laut TK-Landeschef Simon zeigen Auswertungen des bestehenden Zweitmeinungsprogramms der TK, dass 85 Prozent der Eingriffe zum Zeitpunkt der Prüfung nicht notwendig seien. Finanzielle Anreize im Gesundheitssystem könnten dazu führen, dass

Eingriffe vorschnell durchgeführt werden, so Simon.

Auch Wissenschaftler der Uni Witten/Herdecke kommen in einer der wenigen Studien zu Zweitmeinungsportalen zu dem Ergebnis, dass in zwei von drei Fällen die anfängliche Therapieempfehlung nicht bestätigt wurde. Bei Indikationen am Knie betrug die Übereinstimmung mit der ersten Therapieempfehlung demnach nur 26,2 Prozent.

Bisheriges Verfahren wird nur selten angenommen

Grundsätzlich haben gesetzlich Krankenversicherte bei bestimmten planbaren Operationen die Möglichkeit, eine zweite Meinung bei einem anderen Arzt einzuholen. Dieses sogenannte strukturierte Zweitmeinungsverfahren wurde 2019 eingeführt, die Kosten

für eine solche Zweitmeinung bei bestimmten festgelegten Eingriffen übernimmt die Krankenkasse. Wer die ärztliche Zweitmeinung nutzen möchte, muss sich an Ärzte wenden, die für dieses Verfahren zugelassen sind. Diese müssen besonders qualifiziert und unabhängig sein und brauchen eine Genehmigung der Kassenärztlichen Vereinigung. Entsprechende Ärzte findet man auf der Website des ärztlichen Bereitschaftsdienstes unter www.116117.de/de/zweitmeinung.php.

Auch die TK bietet diese Regelleistung seit einigen Jahren an. Allerdings zeigen Auswertungen, dass diese Leistung kaum in Anspruch genommen wird. Der Vorteil von DocRobin ist, dass das Angebot bequem von zu Hause aus möglich ist, ohne Wartezeit auf einen Facharzttermin.

LEUTE HEUTE

Langweilen

Popstar **Lady Gaga** kümmert sich eigenen Angaben zufolge nicht viel darum, ob andere ihr Leben interessant finden. „Gott sei Dank bin ich langweilig“, sagte die 38-Jährige. Schließlich habe sie früher „am Abgrund gelebt“, führte die für ihre Wandelbarkeit bekannte Sängerin aus. „Ich weiß nicht, was mit mir passiert wäre, wenn ich so weitergelebt hätte.“



Lady Gaga

Schlafen

Jan Josef Liefers (60) hat schon sehr früh ein besonderes Interesse am Schlafen entwickelt. „Ich habe als Kind zum Beispiel nächtelang versucht, den Moment mitzubekommen, in dem ich einschlafe“, erzählt der Schauspieler. Am Freitag startet er gemeinsam mit Professor Ingo Fietze, Leiter des Schlafzentrums der Berliner Charité, einen zwölfteiligen Podcast dazu.



Jan Josef Liefers Fotos: dpa

Lesen

Amy Schumer (43) ist eher unglücklich darüber, dass ihr Sohn Gene (5) inzwischen lesen kann. Zur Erklärung fügte die US-Komikerin augenzwinkernd hinzu: „Früher haben wir ihn einfach angelogen.“ Sie und ihr Ehemann hätten dem Jungen früher einfach ein Schild zeigen und behaupten können, dass dieses etwa das Klettern verbiete. Inzwischen ließe sich der Junge nicht mehr zum Narren halten.



Amy Schumer